

Arbeit & Wirtschaft



Lob und Tadel

Rund um Wahlen brodeln die Debatte um den Wirtschaftsstandort Österreich. Ist das Lamentieren bloße Wahlkampfstrategie oder haben wir echte Probleme?

Jammern macht nicht reich / 12
Chefökonom Markus Marterbauer
über den Standort Österreich

Die große Lüge / 20
Wer wirklich von einer Kürzung
der Lohnnebenkosten profitiert

#5



IRENE STEINDL CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Christian Bunke, Sophia T. Fielhauer-Resei, Lore Hostasch,
 Margaretha Kopeinig, Beatrix Mittermann,
 Brigitte Pellar, Christian Resei, Andrea Rogy,
 Alexandra Rotter, Christian Domke Seidel,
 Marcel Stammen, Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber:innen

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaberin

Bundesarbeitskammer für Arbeiter und Angestellte
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Biokfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Ein Vormittag in Wien-Simmering: Bei einer 71er-Straßenbahn trifft Autor Christian Resei auf Daniela Steiner und Simon Schoiswohl-Hüterer. Im Lehrlingscampus der Wiener Linien zeigen sie, wie präzises Arbeiten auch ohne militärischen Ton geht. Zu lesen **ab Seite 32**.



Zum Glück ist unser Fotograf Markus Zahradnik schwindelfrei. Hier bei einem Fotoshooting mit Lukas Oberndorfer auf der Terrasse der Wiener Arbeiterkammer, eingefangen von Johannes Greß.

Zu finden **ab Seite 40**.

Jammern ist gefährlich



IRENE STEINDL
CHEFIN VOM DIENST

Er zählt zu seinen bekanntesten Sägern: „Österreich ist abgesandelt“, urteilte vor knapp zehn Jahren der damalige Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und entfachte damit eine erzürnte Debatte um das Wohl des Wirtschaftsstandorts. Zehn Jahre nach dem Abgesandelt-Sager schlagen heute Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer in dieselbe Kerbe, wenn sie über erdrückend hohe Arbeitskosten fantasieren und den Standortniedergang herbeireden.

„Die Klage ist des Kaufmanns Gruß“, heißt es so schön und treffend im Volksmund, und dieses verbale Haarerufen ist vor Lohnrunden und Wahlen besonders verhaltensauffällig. Grund zur Sorge machen jedoch weniger Standortrankings – bei denen Österreich zwischen Spitzenfeld und Mittelfeld changiert – als dieser „unsägliche Pessimismus“ und „dass wir uns schlechter machen, als wir sind“, wie es Ökonom Marcel Fratzscher auf den Punkt bringt. Auch AK-Chefökonom Markus Marterbauer sieht wenig Grund zum Jammern: Die Industrieproduktion zieht an, die Stimmung für Investitionen steigt. Ein guter Standort zeichne sich durch stabile politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen, verlässliche Infrastruktur und ein sehr gutes Angebot an qualifizierten Fachkräften aus. Und diese Faktoren seien in Österreich mehr als erfüllt.

In dieser Ausgabe wollten wir deshalb wissen: Wie steht’s wirklich um den Standort? Was sagen die Fakten? Ist es für Unternehmen noch attraktiv, in Österreich zu investieren und zu produzieren? Aber auch: Was macht einen Standort abseits der Industrie aus? Wo gibt es handfeste Probleme, und was müssen wir tun, um die Standortqualitäten zu halten?

Wenn es stimmt, dass Wirtschaft zur Hälfte Psychologie ist, dann ist das Standortgejammer brandgefährlich – denn Ängste sind einflussreich. Davor warnt in dieser Ausgabe auch Reinhold Binder, Chef der Produktionsgewerkschaft: „Der Todesgesang auf den österreichischen Industriestandort ist selbst schon Teil des Problems. Das Krisengerede verunsichert die Menschen, die weniger konsumieren und mehr sparen, aber auch Unternehmen und Investor:innen: „Wenn das Vertrauen nicht da ist, wird nicht investiert.“

Politische Stimmen sollten daher gut überlegen, ob sie die Klagelieder mitsummen. Den Standort permanent schlechztureden könnte tatsächlich dazu führen, dass er am Sand ist. ▀

Inhalt

GELIEBT, GERÜHMT, BEHEIMATET

06 Ein Standort ist mehr als nur seine Wirtschaft. Es ist das Zusammenspiel vielfältigster, unterschiedlichster, sogar gegenläufiger Interessen. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Menschen von diesem Balanceakt profitieren.

KASSANDRAS KLAGEN

16 Allen Jammerliedern zum Trotz: Österreichs Industrie gehört zu den stärksten in Europa. Sie erzeugt jährlich rund ein Fünftel der gesamten österreichischen Wertschöpfung. Dennoch braucht es eine Renaissance echter Industriepolitik.

ALLES, WAS IHR VOLT!

36 Bis 2030 will Österreich seinen Strom vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Das tut nicht nur der Umwelt gut – Energiekosten sind entscheidend für den Erhalt von Industrien, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im Land.

Was stört Sie am Standortwettbewerb?	11
Die große Frage beantwortet Nikolaus Kowall	
Jammern macht nicht reich	12
AK-Chefökonom Markus Marterbauer im großen Interview	
Lohnnebenkosten sind Sozialstaatsbeiträge	19
Analyse aus dem A&W-Blog	
Die große Lüge	20
Lohnnebenkosten zu kürzen wäre fatal für Beschäftigte	
Lass dich nicht täuschen	24
Auf einen Blick: Zahlen und Fakten zu Sozialstaatsbeiträgen	
Die Ermutigung der Entmutigten	26
Woher sollen wir bloß all die Fachkräfte bekommen?	
Was macht einen Arbeitsstandort attraktiv?	29
Drei Betriebsratsmitglieder in den Blitzlichtern	
Rechtsruck schadet Wirtschaft	30
Interview mit Wirtschaftsforscher Tommy Krieger	
Gut Ding braucht Feile	32
Wiener Linien bilden Fachkräfte in Simmering aus	
Die Zukunft bahnt sich an	40
Wie Österreich mehr auf Schiene kommt	
Standortfaktor Sozialstaat	44
Historie: Sozialstaat als Plus für die Wirtschaft	
Kopf hoch und Lösungen finden!	46
Das letzte Wort hat Christa Schlager	





Arbeit&Wirtschaft Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie dazu kommen?

Einfach zu unserem Newsletter anmelden!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

f X @ /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Geliebt, gerühmt, beheimatet

Ein Standort ist mehr als nur seine Wirtschaft. Es ist das Zusammenspiel vielfältigster, unterschiedlichster, sogar gegenläufiger Interessen. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Menschen von diesem Balanceakt profitieren.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL



In der Mitte Europas liegt es, das „Land der Berge“ – dort am Strome, mit Äckern und Domen, zukunftsreich dank Hämmer, großer Töchter und Söhne. Und wenn schon alle vor sich hin summen, darf auch die Freude nicht fehlen, die Freiheit und die Hoffnung, mit der hier alle arbeiten. Diese Hymne ist eine Liebeserklärung an den Standort Österreich – und das zu Recht: Das Land, in dem wir leben, erwies sich trotz diverser Fehler als robust im Umgang mit dramatischen Krisen. Aus vielen Gründen – vom Lohnniveau über den Sozialstaat bis zur Umwelt – ist die Lebensqualität hoch. Doch all das passiert nicht von allein. Das Austarieren verschiedenster Interessen, um den Standort Österreich für alle attraktiv zu halten, ist eine der diffizilsten Aufgaben aller Entscheidungsträger:innen.

Ewig jammert die Wirtschaft

In der öffentlichen Debatte ist es jedoch häufig so, dass der Begriff vom „Standort Österreich“ mit der Wirtschaft gleichgesetzt oder direkt auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) reduziert wird. Der populistische Slogan „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“ mag veraltet und widerlegt sein, hat den Diskurs aber nachhaltig infiziert. Dazu kann beispielsweise das „Deloitte Radar“ gezählt werden. Die Unternehmensberatung veröffentlicht jährlich eine Analyse des Standorts Österreich. Einen „Stillstand“ gebe es, und die „Gefahr des Abstiegs“ sei gegeben, was „den Wohlstand akut gefährdet“, würde nicht sofort gegengesteuert werden. „Neben einem neuen Mindset sind hierfür merkliche Senkungen der Steuern und Lohnnebenkosten essenziell“, erklärt Deloitte in einer Presseaussendung. Schließlich befänden sich die Unternehmen im „Würgegriff“ der hiesigen Steuerpolitik, wie es bei der Präsentation noch martialischer hieß.

„Es ist doch beschämend, dass Wirtschaftsvertreter:innen unseren Wirtschaftsstandort pausenlos schlechtreden, anstatt ihn als das zu bezeichnen, was er ist: nämlich sehr robust.“

Helene Schubert, Chefökonomin des ÖGB

Ein Marketingtrick, den Helene Schubert schon kennt. Sie ist Chefökonomin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und analysiert: „Es ist doch beschämend, dass Wirtschaftsvertreter:innen unseren Wirtschaftsstandort pausenlos schlechtreden, anstatt ihn als das zu bezeichnen, was er ist: nämlich sehr robust.“ Eine Taktik, die vor allem in Zeiten von Lohnverhandlungen oder



Für ÖGB-Chefökonomin Helene Schubert ist die Forderung nach einer Kürzung der Lohnnebenkosten ein Marketinggag.

anstehenden Umverteilungsmaßnahmen beliebt sei und meist nur auf Befragungen weniger Manager:innen beruhe.

Das gilt auch für Deloitte: Um zu ihrem Ergebnis zu kommen, hat die Unternehmensberatung insgesamt 600 Führungskräfte um ihre Einschätzung zu Stärken, Schwächen und Handlungsempfehlungen gebeten. Doch so radikal, wie von der Unternehmensberatung zusammengefasst, muss man die Antworten gar nicht lesen. Gefragt nach der aktuellen Stimmung im Unternehmen beispielsweise antwortete eine überwältigende Mehrheit, dass diese sehr gut bis immerhin neutral sei. Lediglich eine Minderheit von 15 bis 26 Prozent (abhängig von der befragten Gruppe – Management, Belegschaft, Kund:innen, Lieferant:innen und Branche) äußerten sich hier negativ.

Standortvorteil geografische Lage

Und tatsächlich ist es um den Standort Österreich nicht ganz so schlecht bestellt, wie Michael Peneder erklärt. Der stellvertretende Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) fasst es so zusammen: „Ich halte Österreich für einen guten Standort, aber wir haben in den vergangenen fünf bis zehn Jahren an Schwung verloren.“ Das liege vor allem daran, dass Österreich sowohl von der Corona-Pandemie als auch vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine härter getroffen worden sei als andere Länder Europas. „Österreich hat einen großen Standortvorteil, für den es gar nicht viel kann, und das ist seine geografische Lage. Wir haben auf der einen Seite Nachbarregionen mit hohem Einkommen und hoch entwickelter Wirtschaftsstruktur – Bayern,



Michael Peneder vom Wirtschaftsforschungsinstitut hält Österreich für einen guten Standort. Aber er hat in den vergangenen fünf bis zehn Jahren an Schwung verloren.

die Schweiz und Norditalien. Auf der anderen Seite haben wir im Osten starke Wachstumsregionen mit hohem Aufholpotenzial und Dynamik“, führt Peneder aus.

Drei Dimensionen für die Standortvermessung

Dadurch allein wird klar, dass der Begriff des Standorts mehr Nuancen hat, als ihm in den meisten Debatten eingeräumt werden. „Beim WIFO haben wir bewusst einen breiteren Ansatz. Ein guter Standort ist eine Kombination aus wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Ausgleich und ökologischer Nachhaltigkeit. Wettbewerbsfähigkeit ist mehr als nur die Außenhandelsbilanz oder die Lohnstückkosten.“

Zur Erfassung nutzt das WIFO seinen „Radar der Wettbewerbsfähigkeit“. Er stellt den Standort Österreich mittels zwölf Hauptindikatoren und zwölf ergänzender Indikatoren dar. Hauptindikatoren sind beispielsweise Wirtschaftsleistung, CO₂-Intensität, Armutsgefährdung und Einkommensverteilung. Zu den ergänzenden Indikatoren gehören etwa das Pro-Kopf-Einkommen, der Gender-Gap, Weiterbildung und Energieabhängigkeit. So möchte das WIFO die drei Säulen, auf denen der Standort Österreich ruht (Ökonomie, Ökologie und Soziales) angemessen abbilden. Denn, so Peneder weiter: „Zwischen diesen drei Dimensionen gibt es starke Wechselwirkungen. Das können positive Synergien oder negative Trade-offs sein.“ Ein prominentes Beispiel ist das Gesundheitssystem. Ist es gut ausgebaut und auf Vorsorge bedacht, können mehr Menschen länger arbeiten. Fachkräfte gibt es nur, wenn das Bildungssystem ausgebaut ist, und bei einer zunehmenden Ökolo-

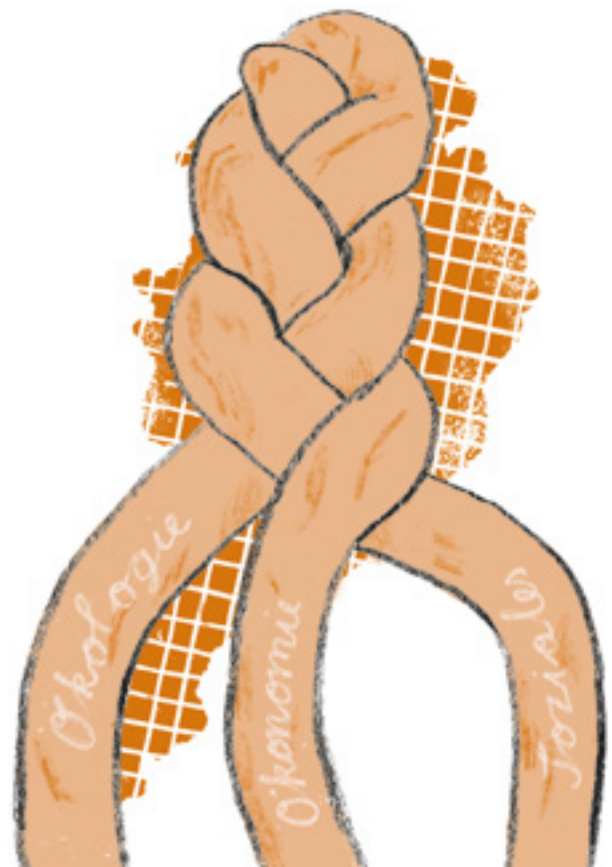
gisierung entstehen klimagerechte Arbeitsplätze. Allerdings kosten diese Leistungen natürlich auch Steuergeld und erfordern ein gewisses Maß an Bürokratie. Klar ist aber, dass das BIP allein nicht als Nordstern taugt.

Wo Österreich Schwung braucht

Doch bei allen Krisen bleibt die Frage, warum Österreich in den vergangenen Jahren „Schwung verloren“ hat, wie es Peneder umschreibt. Klar, Österreich ist auf einem hohen wirtschaftlichen Leistungs niveau, und die Produktivität ist hoch. Das dämpft die Wachstumsraten. Wirklich zurückgefallen ist Österreich laut dem WIFO-Radar aber in den Bereichen Arbeitsmarkt, Soziales und Ökologie.

Tatsächlich hat der Standort Österreich Probleme mit dem Gender-Gap. Aus einer Vielzahl von Gründen können Frauen nicht so viel arbeiten, wie sie wollen. Schuld daran ist unter anderem – neben einem sehr traditionellen Familienbild, das die Care-Arbeit enorm ungleich verteilt – die nicht ausreichend vorhandene Kinderbetreuung. Das sei ein „auffälliges Defizit“, wie es Peneder nennt – und ein Punkt, den selbst Deloitte kritisiert. Mit einem adäquaten Betreuungsangebot für Kleinkinder könnte man das „ungenutzte Arbeitskräftepotenzial“ heben.

Auch Schubert wird bei diesem Thema deutlich: „Erst der flächendeckende Ausbau von ganztägigen Kinderbildungseinrichtungen ermöglicht es, dass insbesondere Frauen in Vollzeit arbeiten können – wir haben die zweithöchste Teilzeitquote in der EU. Das





Banken stehen im Wettbewerb mit digitalen FinTechs. Für Betriebsrat Roman Zeller von der Bank Austria ist klar: Banken müssen mit lokaler Präsenz und persönlichem Service punkten.

ist insbesondere angesichts des Arbeitskräftebedarfs in vielen Bereichen notwendig. Die jahrzehntelangen Versäumnisse auf diesem Gebiet rächen sich jetzt bitterlich.“

Sündenbock Sozialstaatsbeiträge

Eine weitere Forderung der Unternehmensberatung ist die Kürzung der Sozialstaatsbeiträge, diese hätte „höchste Priorität“ – ein Mittel, von dem die Regierung in den vergangenen Jahren üppig Gebrauch gemacht hat. So kam es unter anderem zu Kürzungen bei der Unfallversicherung, beim Familienlastenausgleichs- und beim Insolvenz-Entgelt-Fonds. Hier lauert eine der erwähnten Wechselwirkungen: Wer die Sozialstaatsbeiträge kürzt, kürzt eben auch die Leistungen des Sozialstaates – zum einen. Zum anderen gäbe es in der Debatte eine Täter-Opfer-Umkehr, wie Schubert ausführte: „Ich empfinde die Debatte, so wie sie geführt wird, als Affront gegen arbeitende Menschen. Man operiert mit Schuldzuweisungen – es werde zu wenig gearbeitet. Wir erinnern uns an den Angriff auf in Teilzeit arbeitende Frauen. Jetzt wurde das um die Debatte über zu hohe sogenannte Lohnnebenkosten und eine zu geringe Wochenarbeitszeit erweitert.“ Eine Debatte, die von den eigentlichen Problemen des Standorts ablenken würde. Peneder formuliert die gleiche Kritik vorsichtiger: „Die hohen Lohnnebenkosten sind schon ein Problem. Senkt man sie, müsste man aber gleichzeitig andere Einnahmequellen erhöhen, um andere Dimensionen der Standortqualität nicht zu gefährden. Ich denke dabei zum Beispiel an Umweltsteuern.“ Schubert hat hier noch zusätzliche Lösungen: „Ohne eine Beteiligung der Superreichen

des Landes über eine Vermögen- oder Erbschaftsteuer werden wir die notwendigen Investitionen zur langfristigen Absicherung des Standorts nicht tätigen können.“

Trügerisches Glück im Ausland

Doch was passiert, wenn die Regierung die Sozialstaatsbeiträge nicht kürzt? Für diesen Fall zeichnen Vertreter:innen der Gesamtwirtschaft ein düsteres Bild: WKO-Präsident Harald Mahrer beispielsweise glaubt an eine Abwanderungswelle von österreichischen Unternehmen. KTM-Chef Stefan Pierer kündigte an, die Produktion nach China und Indien zu verlegen. Und tatsächlich wäre ein entsprechender Umzug nicht schwer, wie auch Peneder betont. „Internationale Konzerne müssen ihre Gewerbeimmobilien nicht kaufen, sondern können sie mieten und sind dadurch flexibler. Rein technisch ist das Verlagern eines Unternehmens nicht wahnsinnig schwierig.“ Aber was dann? „Manches ist in anderen Ländern einfacher – vielleicht die Umweltauflagen oder die eine oder andere Genehmigung. Aber ist man erst einmal vor Ort, wird man sehen, dass auch dort die Bürokratie sehr dicht und engmaschig ist. Man hat oft nicht so viel zu gewinnen“, erklärt Peneder weiter. Dazu kommen ganz praktische Probleme, denn auch am neuen Standort muss ein Unternehmen erst einmal die benötigten Fachkräfte finden.

„Österreich verfügt über ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, hohe Kaufkraft und eine geradezu perfekte Lage im Herzen Europas.“

Roman Zeller,
Mitglied des Zentralbetriebsrats
der Bank Austria

Genau das ist aber eine Stärke Österreichs. „Österreich hat exzellent ausgebildete und hoch motivierte Arbeitskräfte. So ist die duale Lehrausbildung ein österreichisches Vorzeigemodell für ganz Europa“, gibt Schubert ein konkretes Beispiel. Wichtig ist aber, dass diese selbst ausgebildeten Fachkräfte in Österreich bleiben wollen, wie Sandra Jurekovic klipp und klar feststellt. Sie ist Arbeiter:innen-Betriebsratsvorsitzende beim Linzer Standort des japanischen Pharmaunternehmens Takeda. „Von den Produktionsmitarbeiter:innen würde sicherlich niemand in ein anderes Land ziehen, um den Job zu behalten. Das ist erst ab einer bestimmten Position denkbar.“

Bei der Bank Austria ist die Situation komplexer, wie Roman Zeller ausführte. Er ist Mitglied des Zentralbetriebsrates bei dem Unternehmen. Und das muss derzeit gleich zwei Geschäftsfelder



In den vergangenen Jahren hat der japanische Takeda-Konzern viele innovative Produkte nach Linz gebracht. Für Sandra Jurekovic und Reinhard Proksch vom Betriebsrat ist das ein gutes Zeichen für die Stabilität des Standorts.

ausbauen: Zum einen darf es sich die Bank nicht leisten, im digitalen Bereich gegenüber immer populärer werdenden FinTechs zu viel Boden zu verlieren. Zum anderen muss die Bank ihren größten Trumpf gegenüber dieser Konkurrenz stärken – nämlich die Präsenz vor Ort samt persönlicher Kund:innen-Beratung. Der Heimatmarkt sei dabei ein Standortvorteil, so Zeller. „Österreich verfügt über ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, hohe Kaufkraft und eine geradezu perfekte Lage im Herzen Europas.“

Tatsächlich seien die Hoffnungen vom großen Glück im Ausland eher trügerisch. „Nichtsdestotrotz wurden in der Vergangenheit mehrfach Tätigkeiten in Länder mit niedrigeren Lohnniveaus verlagert. In diesem Zusammenhang tauchten in manchen, sehr komplexen Tätigkeitsbereichen aber neue Problemstellungen auf, die vereinzelt sogar zu Rückverlagerungen geführt haben“, gibt Zeller zu.

Standortvorteile selbst schaffen

Abseits von Rankings und Statistiken, Jahresergebnissen und politischen Entwicklungen geht es nämlich in erster Linie um Menschen. Und hier haben sich Standortvorteile entwickelt, die schwer in Zahlen zu fassen sind. So sitzt Takeda in einem sogenannten Cluster zusammen mit anderen Branchengrößen. Sie teilen sich Services wie Ambulanz und Feuerwehr oder stellen Einrichtungen für die Auszubildenden zur Verfügung. „Wir sind im Chemiapark Linz total gut vernetzt. Von den unterschiedlichen Firmen treffen sich einmal im Monat die Betriebsratsvorsitzenden, weil wir gemeinsame Themen wie Gesundheit und Sicherheit haben“, so Jurekovic. Das wirkt: Takeda ist weit davon entfernt, den Standort zu verlagern. „Ich glaube, dass wir im Konzern keine unwesentliche Rolle spielen. Der hat in den vergangenen Jahren sehr viele innovative Produkte nach Linz transferiert, und wir rechnen für die

Zukunft mit noch mehr“, führt Reinhard Proksch aus, der ebenfalls Betriebsrat im Konzern ist. Die Vorschläge und Mahnungen von Deloitte, Mahrer und Pierer sind zumindest bei Takeda nicht das Allheilmittel, für das sie gefeiert werden. Hier wären andere Lösungen gefragt. „Wir merken, dass den Kolleg:innen ein Zeitgewinn immer wichtiger wird und gleichbedeutend ist mit einem Gewinn an Lebensqualität. Selbst wirklich junge Leute würden am liebsten in Teilzeit arbeiten“, so Jurekovic.

Erreicht werden könnte das ganz konkret mit einer Umstellung des Schichtbetriebs. „Wir produzieren an fünf Tagen die Woche 24 Stunden im herkömmlichen Früh-, Mittags- und Nachtschicht-Betrieb. Dieses Prinzip ist meiner Meinung nach überholt, das gibt es in der Branche kaum mehr. Es wäre interessant, die Schichtpläne zu ändern und dadurch die Schichtarbeit zu attraktivieren. Wenn sich dabei eine Verkürzung der Arbeitszeit ergibt, wäre das ein angenehmer Nebeneffekt“, gibt sich Proksch konstruktiv.

Laut Zeller ist sich auch die Bank Austria der eigenen Verantwortung bewusst, vor allem, wenn man den wirtschaftlichen Erfolg der vergangenen Jahre bedenkt. „Angesichts der enormen Gewinnsteigerungen der letzten Jahre und der hohen Inflation gilt es nun aber, noch breiter in die Mitarbeiter:innen zu investieren, unter anderem durch kontinuierliche Evaluierung der Arbeitsbedingungen sowie umfassende Aus- und Weiterbildung, aber etwa auch dadurch, dass man die freiwilligen Sozialleistungen weiter ausbaut, modernisiert und betraglich anpasst.“

Kurzum: Unternehmen wissen, was sie an Österreichs Arbeitskräften, dem Lebensstandard, der Infrastruktur, der geografischen Lage und der Rechtssicherheit haben. All diese Faktoren schlechzureden – egal ob durch Politik oder Interessenvertretung – wird der eigenen Leistungsfähigkeit nicht gerecht. Mehr Selbstvertrauen ist angebracht! ▀

Was stört Sie am Standortwett- bewerb?

Was mich am Standortwettbewerb stört, ist nicht der Wettbewerb an sich. Ein solcher hat in der Privatwirtschaft absolut seine Daseinsberechtigung. Wenn die entsprechenden regulatorischen Rahmenbedingungen den Wettbewerb in die richtige Richtung lenken (also nicht in Richtung Ausbeutung oder Umweltzerstörung), dann ergeben sich einige gesellschaftlich positive Effekte wie Innovationen, Produktivitätssteigerungen oder die Verhinderung von Monopolen. Ein Problem entsteht dann, wenn der wirtschaftliche Wettbewerb nicht zwischen Un-

ternehmen, sondern zwischen Staaten stattfinden soll, weil dann ergibt sich rasch die Situation, dass Staaten aus Perspektive der Kapitalrendite möglichst attraktiv werden wollen. Und dann sind Steuern, Löhne, Umweltauflagen oder Konsument:innenschutz ganz schnell Hindernisse für die „Standortattraktivität“. In Europa, wo es viele kleine und mittlere Staaten gibt, funktioniert diese Drohung besonders gut. Darum ist es die wichtigste Aufgabe der EU, das Ausspielen der Staaten untereinander einzudämmen und Augenhöhe mit der Kapitaleseite herzustellen.



NIKOLAUS KOWALL

HOCHSCHULLEHRER FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFT

Jammern macht nicht reich

Geht's den Menschen gut, geht's der Wirtschaft gut. Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer Wien, sieht den Sozialstaat als wichtige Basis eines attraktiven Wirtschaftsstandorts. Steigender Export und der anziehende Inlandsverbrauch signalisieren: Der österreichische Kurs stimmt immer noch.

INTERVIEW ANDREA ROGY

Alle Jahre wieder wird von der Industrie gerne die Wirtschaftsstandort-Debatte aufgewärmt. Ist es für Unternehmen noch attraktiv, in Österreich zu investieren und zu produzieren? Schließlich ist diese Frage ein treffsicherer Indikator für die Lage der gesamten Volkswirtschaft. Ein guter Standort zeichnet sich durch stabile politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen, verlässliche Infrastruktur und ein sehr gutes Angebot an qualifizierten Fachkräften aus. Und diese Faktoren sind, konstatiert Wirtschaftswissenschaftler Markus Marterbauer, in Österreich mehr als erfüllt. Hoch sind nicht nur das Bildungs- und Einkommensniveau der Menschen, sondern auch das Niveau an Investitionen und Forschungsausgaben. Das Gesamtpaket der Rahmenbedingungen passe. Marterbauer sieht deshalb auch wenig Grund zum Jammern, sondern derzeit einen erfreulich positiven Trend. Die Industrieproduktion zieht an, die Stimmung für Investitionen steigt. Massiven Handlungsbedarf sieht der Ökonom vor allem darin, Hunderttausende Menschen, die keine, zu wenig oder schlechte Arbeit haben, in produktive Beschäftigung zu bringen. Klar ist aber auch: Die ökologische Transformation der Industrie, der Infrastruktur und

des Mobilitätssystems muss vorangetrieben werden – und zwar rasch!

Arbeit&Wirtschaft: Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt, die Industrieproduktion ist in den letzten zwölf Monaten gesunken. Haben wir die Talsohle erreicht, oder ist die Wirtschaft im Jammertal gefangen?

Markus Marterbauer: Wir stehen an einer Trendwende. Zwar ist die Industrieproduktion im Laufe des Jahres 2023 merklich zurückgegangen, die Investitionsquote ist bei uns im Gegensatz zu Deutschland aber



MARKUS MARTERBAUER

wurde 1965 im schwedischen Uppsala geboren. Er studierte in Wien Volkswirtschaft, unterrichtete an der WU Wien und war Konjunkturreferent am WIFO. Seit 2011 ist er als Chefökonom der Arbeiterkammer Wien tätig und ist Vizepräsident des Fiskalrates.

nach wie vor hoch, und die Produktion zeigt Anzeichen einer Erholung. Es gibt ein großes Potenzial an Arbeitskräften, das aktiviert, qualifiziert und genutzt werden muss.

Sind unsere Betriebe trotz vermeintlich hoher Lohnnebenkosten wettbewerbsfähig?

Wettbewerbsfähigkeit ist wichtig, und sie ist in Österreich auch recht gut. Der Export von Gütern und Dienstleistungen ist über die letzten Jahrzehnte deutlich rascher gestiegen als die Nachfrage aus dem Inland. Dazu tragen vor allem unsere stabilen Rahmenbedingungen bei – etwa die berechenbare Entwicklung der Löhne im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen. Sozialabgaben dürfen nicht als lästiger Kostenfaktor gesehen werden. Sie sichern den Standort ab, weil ein hohes Maß an sozialer Sicherheit den Unternehmen langfristige Verlässlichkeit garantiert. Investitionen in den Standort sind durch die stabilen und berechenbaren Rahmenbedingungen in Österreich sehr gut abgesichert. Firmen wissen das, und sie schätzen es als wertvollen Wettbewerbsvorteil. Gute Betriebe investieren daher trotz jüngst gestiegener Lohn- und Energiekosten, sie forschen und entwickeln innovative Technologien.



Das stabile Sozialsystem, die sichere Infrastruktur und die berechenbare Entwicklung der Löhne sieht AK-Chefökonom Markus Marterbauer als zentrale Standortvorteile in Österreich.



Der Standort Österreich werde sehr geschätzt, konstatiert Ökonom Markus Marterbauer. Unternehmen investieren hierzulande jährlich rund 70 Milliarden Euro mehr als in Deutschland.

Sie versuchen, gut qualifizierte Arbeitskräfte durch vorteilhafte Arbeitsbedingungen langfristig im Betrieb zu halten, und entwickeln neue Produkte.

Wie würden Sie den Wirtschaftsstandort weiter stärken?

Unser Standort ist stark, und das soll auch so bleiben. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für gute Betriebe. Zentrale Herausforderungen dafür sind Bildung, Infrastruktur und eine ausreichende Zahl an Fachkräften. Derzeit haben viel zu viele Menschen keine oder schlechte Arbeit. Es gibt beispielsweise rund 290.000 Arbeitnehmer:innen, die für einen Vollzeitjob weniger als 2.000 Euro brutto bekommen. Knapp 350.000 Menschen sind in der sogenannten „stillen Reserve“ des Arbeitsmarkts. Diese Menschen würden gerne arbeiten, können dies aber aus unterschiedlichen Gründen nicht. Außerdem gibt es Zehntausende Scheinselbstständige. Es wäre die Aufgabe des Arbeitsministers, diese Menschen in eine Arbeit zu bringen, von der man gut leben kann.

Haben wir zu wenige Fachkräfte?

In manchen Branchen und vielen Unternehmen ja. Doch es gibt große Potenziale an Leuten, die durch moderne und muti-

ge Arbeitsmarktpolitik erschlossen werden könnten. Wir haben rund 280.000 Unterbeschäftigte, vor allem Teilzeitkräfte, die gerne mehr arbeiten würden, sofern die Rahmenbedingungen passen. 300.000 Ältere bilden eine teils hoch qualifizierte Reserve, die ungenutzt bleibt. Die Politik müsste die Arbeitsmarktpolitik breiter denken und diesen Menschen unkomplizierte Einstiege in den Arbeitsmarkt anbieten. Beim AMS scheinen sie gar nicht auf.

„Vom Jammern über hohe Kosten ist noch kein Betrieb reich geworden, sondern immer nur durch Investitionen.“

Markus Marterbauer,
AK-Chefökonom

Wie steht's um unsere Wirtschaft im Vergleich zu Deutschland?

Österreichs Industrie gehört zu den stärksten in Europa. Sie erzeugt jährlich rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung, des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die hergestellten Güter werden zu einem großen Teil exportiert, Dienstleistungen ebenso. Der Standort Österreich wird sehr geschätzt –

Unternehmen investieren jährlich rund 70 Milliarden Euro mehr als in Deutschland. Wenn man die Entwicklung der Industrie über die letzten acht Jahre hinweg betrachtet, steht Österreich im Vergleich zu Deutschland, wo die Produktion um sieben Prozent geschrumpft ist, mit einem Wachstum von 25 Prozent ausgezeichnet da.

Im Laufe des Jahres 2023 ist die Produktion merklich zurückgegangen. Das ist die Folge von Kriegen, hohen Rohstoffpreisen und Unsicherheiten, die weltweit zur Verschiebung von geplanten Investitionen geführt haben. Das hat unsere Industrie erheblich getroffen, die technische Anlagen und Komponenten herstellt. Aktuell stehen wir an einem Wendepunkt der Konjunktur, der Standort Österreich wird international als langfristig stabil und sicher eingeschätzt.

Wie wichtig ist die Konsumnachfrage?

Die Kaufkraft ist ein wichtiger Standortfaktor, der die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stützt. Insgesamt ist die Inlandsnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ebenso groß wie die Exportnachfrage. Das muss man im Auge behalten – die Konsumnachfrage wird durch stabile Arbeits-einkommen abgesichert. 2023 haben die Menschen durch massive Teuerungen an Kaufkraft verloren. Durch die Einmalzahlungen der Regierung und die durchwegs guten, von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnabschlüsse haben wir derzeit Reallohngewinne von drei bis vier Prozent – das wird die Nachfrage beflügeln.

Braucht es Steuersenkungen für Unternehmen, um Investitionen zu fördern?

Die Kürzung von sogenannten Lohnnebenkosten wäre ein geringer Anreiz für Investitionen. Große Firmen treiben die Transformation voran, sie siedeln sich an und investieren, wenn der Staat verlässliche Rahmenbedingungen schafft und bei der Bewältigung schwieriger Situationen unterstützt. In erfolgreichen Volkswirtschaften gibt es ein enges Zusammenspiel zwischen Staat und Gemeinschaft sowie den Unternehmen.

Die Betriebe haben Anspruch auf eine stabile soziale Entwicklung, ein funktionierendes Ausbildungssystem, gute Infrastruktur und passende Verkehrswege sowie Energienetze. Dann wird kräftig investiert, und Unternehmen bekommen auch gute Arbeitskräfte.

Was gern übersehen wird: Ein Großteil der arbeitsbezogenen Abgaben fließt in die Finanzierung des Sozialstaats. Bei wichtigen sozialen Ausgaben wie der Kranken-, Pensions- oder Arbeitslosenversicherung darf nicht gekürzt werden, sie sind die Basis für einen stabilen Wirtschaftsstandort. Mit Wirtschaftsvertreter:innen, denen die sonstigen Lohnnebenkosten zu hoch sind, würden wir gerne über alternative Finanzierungsmöglichkeiten reden, etwa über vermögensbezogene Steuern oder Gewinnsteuern. Vom Jammern über hohe Kosten ist noch kein Betrieb reich geworden, sondern immer nur durch Investitionen.

Sehen Sie auch die Betriebe in der Pflicht?

Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen bieten, haben bessere Chancen, gute Arbeitskräfte zu bekommen. Fachkräfte heuern lieber bei innovativen Betrieben an, die attraktive Arbeitszeiten und eine gute Bezahlung bieten. Derzeit kommen vier Arbeitslose auf eine offene Stelle. Dieses Verhältnis wird demografiebedingt sinken. Dann können sich die Menschen aussuchen, in welchem Betrieb sie arbeiten möchten, und die Betriebe müssen sich bemühen, Leute zu bekommen.

Welche Rolle spielt die Sozialpartnerschaft?

Sie ist ein wichtiger Faktor für den stabilen und sicheren Wirtschaftsstandort Österreich. Es ist bekannt, wie Lohnverhandlungen bei uns ablaufen. Unternehmen können sich auf langfristig stabile Lohnabschlüsse einstellen und kennen ihr Gegenüber in den Verhandlungen meist gut. Die gute Vertrauensbasis stabilisiert die Erwartungen und macht die Entwicklungen einschätzbar.

Wir sehen, dass in der Industrie tolle Löhne bezahlt werden, so steigen metall-



Markus Marterbauer plädiert für gezielte Investitionen in Europa. Damit soll die Produktion strategisch wichtiger Artikel wie Medikamente oder Solarpaneele gegen Dumpingprodukte aus China gestärkt werden.

technische Facharbeiter:innen mit einem Anfangsgehalt von rund 2.400 Euro ein. Die Arbeitszeiten haben sich bei 37 oder 38 Stunden eingependelt, im Schichtbetrieb gilt oft die 32-Stunden-Woche. Diese starken Sozialpartner-Lösungen erzeugen motivierte Beschäftigte und wettbewerbsfähige Betriebe – so soll es sein.

Welche Rolle spielt die Zuwanderung?

Österreich ist ein Einwanderungsland, und das ist ebenso wichtig für die Stabilität des Wirtschaftsstandorts und die Finanzierbarkeit des Sozialstaats wie eine gute Integration der Arbeitskräfte. Diese sollten sich nicht als Gastarbeiter:innen, sondern als vollwertige Mitglieder des Arbeitsmarktes fühlen können. Dazu muss sowohl im Schulsystem als auch in den betrieblichen Ausbildungssystemen Integration stärker in den Fokus rücken. Die Kinder der Migrant:innen von heute sind die Facharbeiter:innen von morgen. Wir müssen sie ausbilden und in die Betriebe integrieren, um ihre Aufstiegschancen zu verbessern.

Wo muss in Zukunft investiert werden?

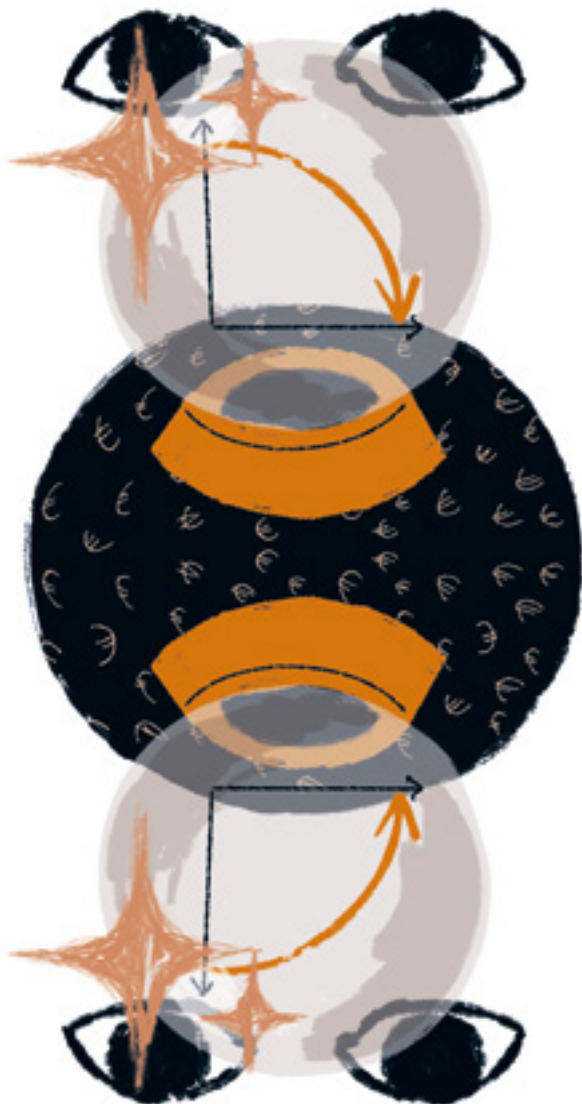
Die Exportindustrie mit den großen Industriebetrieben wird weiterhin das wichtigste Standbein der heimischen Wirtschaft bleiben. Die ökologische Transformation

der Industrie, des Mobilitäts- und Energiesystems und leistbarer Wohnraum sind die wichtigsten Fragen unserer Zeit. Eine rasche Umstellung auf Elektrolichtbögen bei den Hochöfen in der Stahlindustrie oder die Erhöhung des Recyclinganteils, etwa in der Aluminiumindustrie, bringen entscheidende Wettbewerbsvorteile.

Den umweltgerechten Ausbau der Transportinfrastruktur sowie der öffentlichen Nah- und Fernverkehrsnetze sehe ich als zentrale Zukunftsaufgabe des Staates. Mobilität auf Basis des Verbrennungsmotors hat ausgedient. Es braucht neue Infrastrukturen, etwa Ladestellen für Elektromobilität. Die öffentliche Hand muss als verlässlicher und langfristiger Partner und Investor auftreten, wenn es darum geht, Unternehmen zu animieren, ihre Produktionen klimaneutral umzubauen. Der soziale Wohnbau ist in den letzten Jahren zu wenig forciert worden. Aktuell haben wir einen Mangel an leistbarem Wohnraum – es wird Zeit, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger wieder mehr investieren. In der Produktion einiger strategisch wichtiger Artikel wie Medikamente oder Solar-Paneele sollte sich die EU nicht mit Dumpingprodukten aus China überschwemmen lassen, sondern diese Produktionen durch gezielte Investitionen in Europa stärken. ▀

Kassandras Klagen

Allen Jammerliedern zum Trotz: Österreichs Industrie gehört zu den stärksten in Europa. Sie erzeugt jährlich rund ein Fünftel der gesamten österreichischen Wertschöpfung. Dennoch braucht es eine Renaissance echter Industriepolitik.



TEXT ROBERT MISIK

Kassandrarufe sind nicht selten, wenn die Rede auf die österreichische Industrie kommt: Stellenstreichungen bei AT&S, bei Magna, bei AVL – das waren Schlagzeilen allein aus den vergangenen Wochen. Die „Stimmung“ sei bei den Manager:innen im Keller, sagt das Beratungsunternehmen Deloitte nach einer Umfrage. Der Teufel einer „Deindustrialisierung“ wird an die Wand gemalt. Aber es ist nur die jüngste Strophe eines Liedes, das eigentlich durchgehend gesungen wird: Seit 30 Jahren wird letztlich ein Strukturwandel der Wirtschaft in den stärksten Ökonomien diagnostiziert, etwa ein Bedeutungsverlust des produzierenden Gewerbes und eine stetige Zunahme des Dienstleistungssektors.

Österreichs Industrie steht gut da

„Ich sehe aktuell keine Anzeichen für eine Deindustrialisierung“, sagt Michael Ertl, in der AK für Wirtschaftspolitik zuständig. „Im Grunde ist der Wertschöpfungsanteil der Industrie in den letzten Jahren relativ stabil geblieben.“ Sieht man sich die Zahlen an, wird selbst der behauptete allmähliche Wandel von einer „Malocher-“ zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ fragwürdig: 1995 waren 673.000 Menschen in Österreich in der Industrie beschäftigt, 2023 waren es sogar eine Spur mehr: 679.000. Die Industriewertschöpfung lag 1995 bei 36 Milliarden Euro, jetzt liegt sie bei 69 Milliarden. Damit ist auch der Anteil an der Gesamtwertschöpfung faktisch gleich geblieben.

Faktum ist jedenfalls: Österreichs Industrie steht gut da, sie ist ein wichtiges Rückgrat der Volkswirtschaft, der Beschäftigungsstand ist seit Jahrzehnten stabil, und in aller Regel liegen Österreich

und die wichtige, kräftige deutsche Wirtschaft in etwa gleichauf. „Die Industrieproduktion ist unendlich wichtig für Österreich“, sagt auch Reinhold Binder, seit vergangenem Jahr Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft PRO-GE. Vor einigen Jahren hätte man jemanden in dieser Funktion noch den „mächtigen Metallboss“ genannt. Aber als PRO-GE-Chef ist Binder nicht nur Gewerkschaftsvorsitzender der Industriearbeiter:innen, sondern auch der Mitarbeiter:innen in Gewerbebetrieben, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter:innen sowie der Beschäftigten in Chemiebetrieben und in der Forstwirtschaft. „Wir verhandeln über 120 Kollektivverträge“, berichtet Binder. „Industrie“ ist sowieso ein weites Feld: Neben den großen Industriebetrieben gibt es die kleineren Zulieferbetriebe. Andererseits ist vieles, was nicht zur Industrie zählt, selbst schon hoch technisiert, wie die Lebensmittelverarbeitung. Spargelstechen ist Handarbeit, die Spinatproduktion ein weitgehend technisierter Vorgang.

Todesgesang als Psychologie

„Die Klage ist der Gruß des Kaufmanns“, sagt der Volksmund, und so ist in gewissem Sinne der Alarmruf auch der Gruß der Großindustriellen und Konzernmanager:innen. Die Löhne zu hoch, die Kosten erdrückend, der Niedergang drohe, alles schrecklich – so hört es sich an, wenn man heute etwa einen Spitzenfunktionär der Industriellenvereinigung im Fernsehen hört. „Der Todesgesang auf den österreichischen Industriestandort ist selbst schon Teil des Problems“, sagt Reinhold Binder. Denn vieles in der Wirtschaft ist Psychologie. Einerseits hat die Inflation die Kosten hochgetrieben, und die Beschäftigten mussten ordentliche Lohnerhöhungen erkämpfen, um keine Reallohnverluste zu erleiden – und damit die Konsumnachfrage nicht völlig einbricht. Aber das Krisengerede verunsichert die Menschen, und deswegen legen auch Gutsituierte wieder mehr an Ersparnissen zurück – aus Vorsicht. Das ist Gift für die Konjunktur. Das Schlechttreden des Wirtschaftsstandortes führt auch dazu, dass sich Investor:innen zurückhalten. Binder: „Wenn das Vertrauen nicht da ist, wird nicht investiert.“

Österreich ist mit seiner Industrie zweifelsohne ein Vorzeigeland. Die Industrie ist sehr heterogen und divers, und es ist sicher-

Wertschöpfung der Industrie (in Euro)

Quelle: Eurostat



Anzeichen für eine „Deindustrialisierung“ sieht AK-Ökonom Michael Ertl aktuell nicht. Die Wertschöpfung in der Industrie sei in den letzten Jahren relativ stabil geblieben.

lich ein Vorteil, dass es nicht ein, zwei dominierende Branchen gibt, wie etwa in Deutschland die Autoindustrie. Österreich hat Chipproduktion, eine starke Chemie- und Pharmaindustrie (die in den vergangenen Jahren fantastisch verdiente), Stahlindustrie, eine starke Elektroindustrie – und rund um die industriellen Zentren auch Forschungsunternehmen, die sich mit Automatisierung, Digitalisierung und Robotik beschäftigen. Auch in Sachen „Forschung und Entwicklung“ im Unternehmenssektor ist Österreich mehr als wettbewerbsfähig. „Österreich liegt hier in Europa faktisch immer an der Spitze“, sagt AK-Ökonom Michael Ertl.

Rückverlagerung der Produktion

Dennoch sorgen immer wieder Hiobsmeldungen für Aufregung, wie etwa: „47 Prozent der Unternehmen überlegen, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen.“ Eine Überlegung ist freilich noch kein Beschluss, und außerdem wird immer wieder Produktion ins Ausland verlegt, zugleich aber auch Produktion im Inland wieder aufgenommen. In einer globalen Wirtschaft ist das eigentlich völlig normal. Teilweise erleben wir heute sogar etwas, das man in der Fachwelt „Reshoring“ nennt, also die Rückverlagerung der Produktion von sogenannten Billiglohnländern in die industriellen Zentren. Die Gründe dafür sind vielfältig: höhere Transportkosten, riskantere Lieferketten, die Tatsache, dass die „Billiglohnländer“ auch nicht mehr so billig sind, und die Fortschritte der Automatisierung, die dazu führen, dass Lohnkosten nicht mehr so zentrale Kostenfaktoren sind. Beispiel: Die Textilindustrie, die seit den 1970er-Jahren weitgehend abgewandert ist, kommt wieder nach Europa



Der Todesgesang auf den österreichischen Industriestandort sei Teil des Problems, meint PRO-GE-Chef Reinhold Binder: „Wenn das Vertrauen nicht da ist, wird nicht investiert.“

zurück, da neue Verfahren auch hier Automatisierung ermöglichen. Denn bisher konnten etwa Textilstoffe, die sich leicht verwursteln, nicht so einfach durch Roboter verarbeitet werden – bei Metallen, Motoren und anderem ist das einfacher.

Schatten über dem Standort

Das heißt freilich nicht, dass alle Besorgnis völlig unbegründet ist. „Die Regierung hat nichts gemacht, um die Energiekosten runterzubringen“, beklagt Reinhold Binder. Die Inflation in Österreich war über viele Monate weit über dem EU-Durchschnitt und ist es immer noch. „Die Billiglebensmittel sind um 44 Prozent gestiegen.“ Aufgrund der hohen Inflation mussten die Gewerkschaften auch hohe Lohnerhöhungen durchkämpfen. Beides – überdurchschnittlich gestiegene Löhne und überdurchschnittlich gestiegene Energiekosten – verkompliziert natürlich auch die relative Wettbewerbsposition österreichischer Industrieunternehmen.

„Wir müssen die Attraktivität von Arbeitsplätzen heben und die Arbeitsbedingungen gerade bei belastender Schichtarbeit weiter verbessern.“

Reinhold Binder,
Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft

Die wirtschaftlichen Herausforderungen – von der Coronakrise über die Ukraine-Invasion, die Energiekrise und die Inflation bis hin zur ökologischen Transformation – werfen ihre Schatten voraus. China subventioniert die eigene Industrie, die USA haben mit ihrem „Inflation Reduction Act“ auch ein massives Subventionsprogramm zum Wiederaufbau der eigenen industriellen Produktion aufgelegt.

Europa darf nicht ins Hintertreffen geraten. Es droht sogar, so die Hamburger „Zeit“ vor einigen Wochen, eine neuerliche „neoliberale Revolution“. Die Warnungen vor „schwindender Wettbewerbsfähigkeit“ werden genutzt, um wieder einmal Angriffe auf den Sozialstaat, auf Arbeitszeitregeln und auf Einkommen zu begründen. Aus den Lobbygruppen der Industriellen wird sogar schon die Einführung einer 41-Stunden-Woche gefordert. Auch der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel wird als Argument vorgebracht.

Renaissance der Industriepolitik

Aber das Problem ist womöglich nicht so unlösbar, wie oft getan wird. Eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer – also dass mehr Leute überhaupt gesund bis zur Rente durchhalten – kann vieles auffangen, hängt aber von Stress, Arbeitsdruck und Wohlbefinden im Job ab. Es gibt viele unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte und auch eine „stille Reserve“ von Arbeitslosen, die so entmutigt sind, dass sie heute gar nicht mehr Jobs suchen. Wirtschaftsforscher:innen schätzen, dass dieses Potenzial insgesamt rund 350.000 Menschen umfasst. Wenn man nur die Hälfte davon ins Erwerbsleben bringt, hält oder von Teilzeit auf Vollzeit bringt, dann ist die Lücke geschlossen.

„Wir müssen die Attraktivität von Arbeitsplätzen heben und die Arbeitsbedingungen gerade bei belastender Schichtarbeit weiter verbessern“, sagt Gewerkschaftschef Reinhold Binder. Dazu gehören schlaue Modelle der Arbeitszeitverkürzung oder etwa die „Qualifizierungsoffensive“, die die Verhandler:innen in den Kollektivvertragsabschlüssen durchgebracht haben und mit der angelernte Arbeiter:innen zu Facharbeiter:innen qualifiziert werden sollen. Und im Wettbewerb mit den USA und China, aber auch für die Transformation der Wirtschaftsstruktur (Klimawandel!) braucht es eine „Renaissance der Industriepolitik“, denn der Markt wird die Sache nicht regeln. Kluge Industriepolitik investiert in die Technologien von morgen, stärkt die bereits vorhandenen Stärken und fördert die Wertschöpfung – etwa, indem man die Produktion von Solartechnologie in Europa unterstützt. Denn wenn man heute Solarpaneele auf Dächern fördert, dann geht ein guter Teil der Subventionen nach China. ▀

Miriam Fuhrmann, Referentin im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB
Mattias Muckenhuber, Referent im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB

Zusammengefasst von Irene Steindl

Lohnnebenkosten sind Sozialstaatsbeiträge

Wirtschaftsvertreter:innen fordern eine Kürzung von Lohnnebenkosten und riskieren damit weitere Einschnitte bei der Finanzierung des Sozialstaats. Was sie nicht erwähnen: In den letzten zehn Jahren kam es bereits zu massiven Kürzungen. So betrug etwa der Unfallversicherungsbeitrag 2014 noch 1,4 Prozent, mittlerweile sind es nur noch 1,1 Prozent. Der Zuschlag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds, der im Fall von Insolvenzen ausstehende Gehälter von Arbeitnehmer:innen finanziert, betrug 2014 noch 0,55 Prozent, nun sind es nur noch 0,1 Prozent. Der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds wurde von 4,5 Prozent auf nur noch 3,7 Prozent gesenkt. Und kürzlich wurde eine Reduktion des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung von 3 Prozent auf 2,95 Prozent beschlossen.

Das Versprechen, dass am Ende durch eine Kürzung der Sozialstaatsbeiträge für die Arbeitnehmer:innen automatisch „mehr netto vom Brutto“ herauskommt, ist fadenscheinig. Denn die Sozialstaatsbeiträge werden nicht vom Bruttogehalt abgezogen, sondern auf das Bruttogehalt draufgeschlagen und direkt vom Dienstgeber an den Staat abgeführt. Werden die Beiträge gekürzt, so führt dies also zunächst nur zu einer Erhöhung der Gewinne auf Unternehmensseite und zu einem Loch im Staatsbudget.

Im Jahr 2025 entgehen dem Staat dadurch voraussichtlich 2,8 Milliarden Euro. Insgesamt ersparen sich die Unternehmen zwischen 2015 und 2025 rund 16,3 Milliarden Euro. Fast die Hälfte der Ersparnis geht an das Top-1-Prozent der Unternehmen. Die großen Profiteure sind unter anderem Banken und Versicherungen, die auch schon die Gewinner der Teuerungskrise waren. Kleinbetriebe hingegen profitieren kaum. Insgesamt erhalten also sehr wenige große Unternehmen den Löwenanteil, sie sparen sich Millionen.

Fazit: Die Kürzung von Sozialstaatsbeiträgen alias Lohnnebenkosten führt zu Gewinnsteigerungen bei Unternehmen – auf dem Rücken der Arbeitnehmer:innen, die ohnehin schon den größten Beitrag zu den österreichischen Staatseinnahmen leisten.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
 A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/newsletter.html



Die große Lüge

Vor den Wahlen brodeln die Debatten um die Kürzung von Lohnnebenkosten. Arbeitgeber:innen beklagen hohe Arbeitskosten und warnen erneut vor einer Gefährdung des Standorts. Was da so schlüssig, harmlos und volkswirtschaftlich gerechtfertigt klingt, ist für Arbeitnehmer:innen fatal.

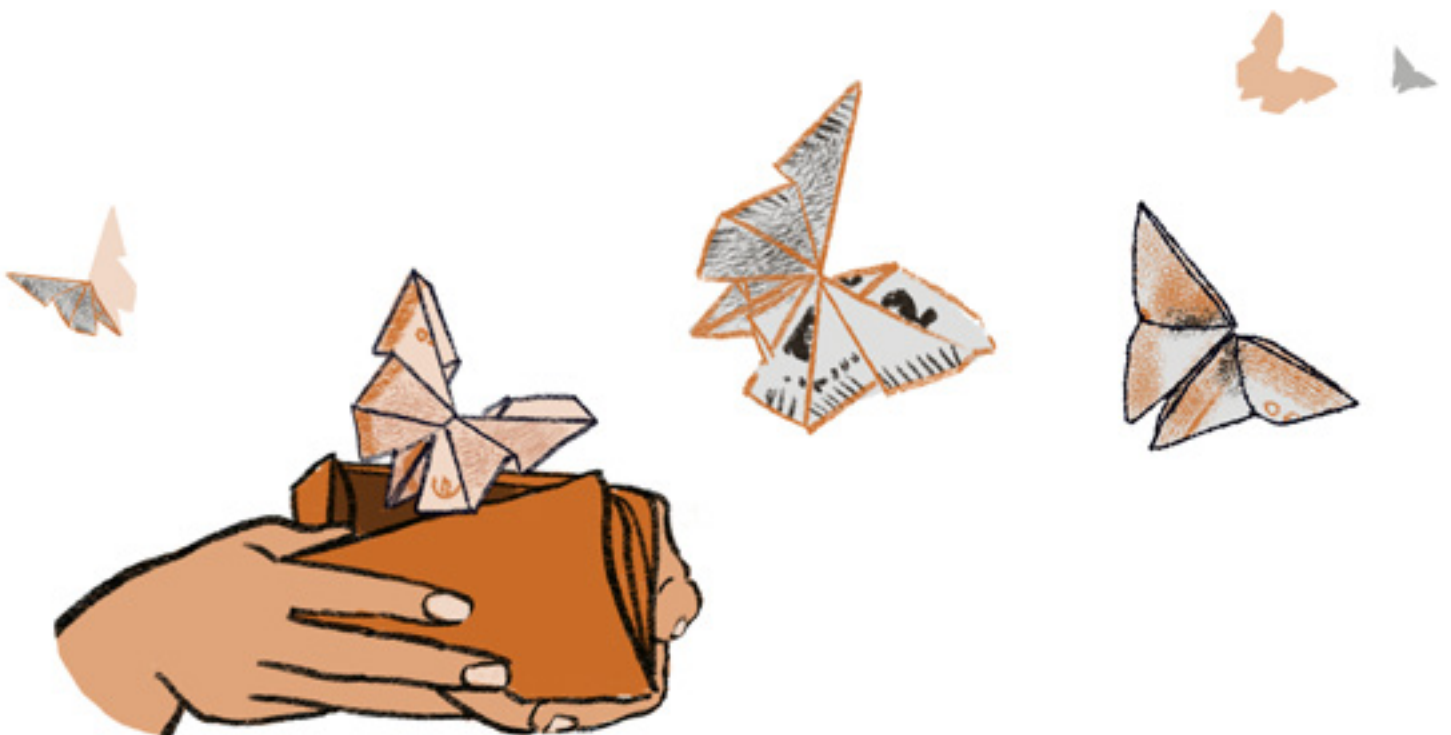
TEXT NADJA RIAHI

Zu Beginn sei gesagt: Lohnnebenkosten sind nichts Nebensächliches, auch wenn der Begriff so klingen mag. Eine einheitliche Definition existiert aktuell noch nicht. Lohnnebenkosten sind jedenfalls die Abgaben der Arbeitgeber:innen, die auf das Bruttogehalt der Arbeitnehmer:innen aufgeschlagen werden. Konkret bedeutet das, dass sich die Beschäftigten einen Bruttolohn und die Lohnnebenkosten erwirtschaften. „Lohnnebenkosten sind kein Geschenk der Arbeitgeber:innen, mit dem sie ihre Arbeitnehmer:innen besonders fördern. Sie sind ein Teil von

dem, was sich die Arbeitnehmer:innen erwirtschaftet haben“, erklärt Miriam Fuhrmann, Expertin für Volkswirtschaftslehre beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).

Was der Lohnzettel verschweigt

Unter die Lohnnebenkosten fallen Beiträge zur Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der Wohnbauförderung und der Abfer-



tigung-Vorsorgekasse sowie die Kommunalsteuer. Ein Beispiel für Lohnnebenkosten, das die meisten Menschen kennen, ist die Sozialversicherung. „Auf dem Lohnzettel sehen Arbeitnehmer:innen den Anteil, den sie zur Sozialversicherung zahlen. Hinzu kommt noch der zusätzliche Beitrag, den der:die Arbeitgeber:in dazuzahlt, der am Lohnzettel aber nicht aufscheint“, so Fuhrmann und ergänzt: „Ein beliebter Punkt, der bei den Kürzungen oft angesprochen wird, ist die Kommunalsteuer. Eine Einsparung bei diesem Posten hätte starke Auswirkungen auf die Gemeinden, die ihre Kindergärten und Schulen teilweise mit diesem Geld finanzieren.“ Kostenlose Kinderbetreuungsangebote ermöglichen es vor allem Müttern, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die Kommunalsteuer sichere aber noch mehr: Schlaglochfreie Gehsteige, ausgebaute Straßen und der öffentliche Nahverkehr seien nur einige wenige Beispiele. Durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) werden die Schulbücher für Kinder finanziert. Bei einer Kürzung müsste eine Familie mit zwei Kindern im Gymnasium (13 und 15 Jahre) mit Kosten von 295 Euro pro Jahr rechnen.

Kleine Kürzungen, große Folgen

Die Forderung nach einer Kürzung der Lohnnebenkosten kommt in der Regel von Wirtschaftstreibenden, da diese Kostenanteile ihrer Ansicht nach keinen direkten Bezug zur Arbeitsleistung haben. „Dabei brauchen Unternehmen auch Strom- und Gasleitungen, Internetzugang und Abwasserentsorgung“, so Sybille Pirklbauer, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien.

Was wirklich dahintersteckt: Durch die Kürzung der Lohnnebenkosten erhöhen Unternehmen ihre Gewinne. Für Arbeitnehmer:innen hingegen bedeutet es, dass ihre Leistungen gekürzt werden. Beträgt bei einem Krankenhausbesuch der Selbstbehalt fünf Prozent, würde ein dreitägiger Aufenthalt im Spital zwischen 230 und 340 Euro kosten. Auch die staatliche Pension könnte durch Kürzungen sinken. „Das passt gut in das Narrativ, dass jede:r privat fürs Alter vorsorgen soll“, so Pirklbauer. Lohnnebenkosten werden aufgrund ihrer Bedeutung auch Sozialstaatsbeiträge oder Lohnnebenleistungen genannt.

Mythos steigender Nettolohn

Dass durch die Kürzung der Lohnnebenkosten der Nettolohn der Beschäftigten steigt, ist ein Mythos: „Ein Argument ist, dass durch die Kürzung der Lohnnebenkosten mehr Spielraum für Gehaltserhöhungen besteht oder zusätzliche Personen angestellt werden können“, sagt Fuhrmann. In der Realität sei dies jedoch nicht der Fall. Gerade kleinere Unternehmen können es sich dadurch nicht leisten, ihr Team zu erweitern oder mehr zu zahlen. Von dem gesparten Geld profitieren die großen Unternehmen.



Eine Kürzung von Lohnnebenkosten bedeutet oft Einsparungen bei Kommunalsteuern, kritisiert Miriam Fuhrmann. Damit werden jedoch Kindergärten und Schulen in den Gemeinden finanziert.

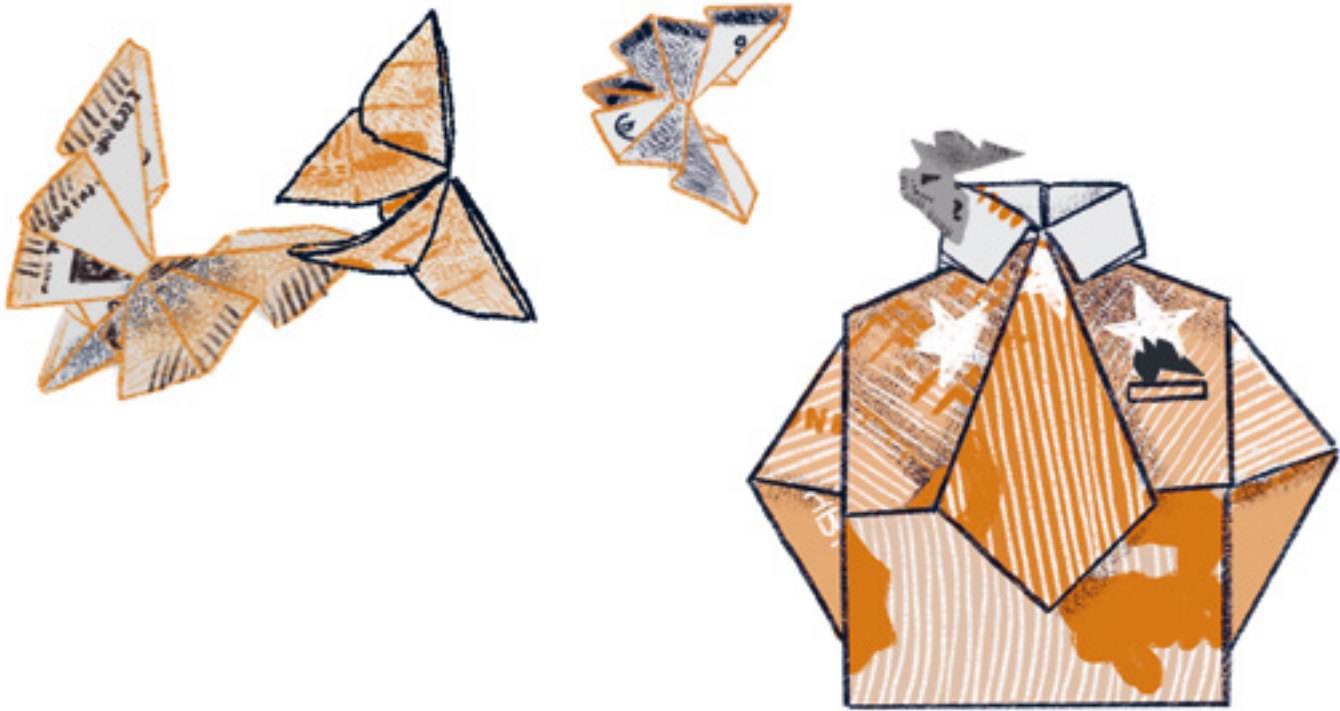
„Es kursiert auch die Behauptung, dass das Geld irgendwann einmal an die Arbeitnehmer:innen weitergegeben wird. Sowohl die Erfahrung der Kürzungen als auch aktuelle Studien zeigen: Das ist – bis auf einige wenige Ausnahmen – nicht der Fall. De facto haben die Menschen dann nicht „mehr netto vom Brutto“, sagt Pirklbauer. Stattdessen würden zusätzliche Kosten in Form von Selbsthalten oder Ausgaben für Kinderbetreuungsangebote die Menschen zunehmend belasten, während ihr Nettogehalt gleich bleibe.“

„Lohnnebenkosten sind kein Geschenk der Arbeitgeber:innen. Sie sind ein Teil von dem, was sich die Arbeitnehmer:innen erwirtschaftet haben.“

Miriam Fuhrmann, Ökonomin im ÖGB

Auswirkungen auf den Sozialstaat

Abgesehen von den Auswirkungen, die eine mögliche Kürzung der Lohnnebenkosten auf die finanzielle Situation der einzelnen Beschäftigten habe, wirke sie sich auch auf den Sozialstaat aus, sind sich Fuhrmann und Pirklbauer einig. Die Aussage, dass eine Kürzung den allgemeinen Wohlstand erhöht, sei falsch und basiere auf dem neoliberalen Konzept, dass jegliche Form von Verzicht bei staatlichen Einnahmen das Leben der Menschen besser mache.



„Man blendet komplett aus, dass die öffentliche Hand die Beiträge nicht zum Spaß einnimmt und das Geld verpulvert, sondern dass es diese Einnahmen braucht, um ein hohes Leistungsniveau sicherzustellen“, sagt Pirklbauer.

Der Sozialstaat wird durch drei Säulen finanziert: Steuermittel sowie die Beiträge der Arbeitnehmer:innen und der Arbeitgeber:innen. Somit leisten die Lohnnebenkosten auch einen wichtigen Beitrag zur Sozialstaatsfinanzierung. Würde man die Lohnnebenleistungen kürzen, müsste man das fehlende Geld aus dem Budget entnehmen. Das hieße, dass sich entweder das Budget massiv erhöhen oder an anderen Punkten gespart werden müsse.

Aktuell lehne die Politik alle Vorschläge für eine Erhöhung des Staatsbudgets ab, sagt Pirklbauer. Zu diesen Vorschlägen zählen auch die Einführung einer Vermögen- oder Erbschaftsteuer.

Lückenbüßer Sozialstaat

Wichtig sei auch, betont Pirklbauer, dass der Staat kein Einnahmenproblem hätte, wenn alle Unternehmen ihren Beitrag entsprechend leisten würden. „Die Unternehmen tun dies jedoch nicht und nützen jede erdenkliche Lücke, um sich davor zu drücken. Sie zahlen die Löhne und Sozialversicherungsbeiträge nicht, schicken ihre Betriebe vorzeitig in Insolvenz oder parken ihre Beschäftigten beim AMS, nur um sie später wieder einzustellen. Dadurch entgehen dem Staat jährlich rund 600 Millionen Euro.“

Der Sozialstaat ist wiederum ein wichtiger Wettbewerbsfaktor in Österreichs Wirtschaft. Österreich punktet etwa mit einem

guten Ausbildungs- und Gesundheitssystem. Das sind wichtige Standortfaktoren, die durch die Lohnnebenkosten maßgeblich finanziert werden. Dadurch sei Wien regelmäßig die lebenswerteste Stadt der Welt und ziehe gute Arbeitskräfte an, meint Miriam Fuhrmann.

„Es ist paradox: Die Unternehmen beklagen sich über den Fachkräftemangel, und gleichzeitig soll der Arbeitgeber:innenbeitrag zur Sozialversicherung gekürzt werden. Dieser fördert die Qualifizierungsmaßnahmen des AMS. Wer Fachkräfte möchte, muss den Menschen auch die Möglichkeit bieten, sich die ent-

Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten

Quelle: WIFO, AK/ÖGB





Österreich punktet mit einem guten Ausbildungs- und Gesundheitssystem. Für Sybille Pirklbauer sind das wichtige Standortfaktoren, die durch Lohnnebenkosten maßgeblich finanziert werden.

sprechenden Kompetenzen zu erwerben. Genau dort zu kürzen ist eine sehr kurzsichtige Politik.“ Eine jüngst mit dem Budget 2024 beschlossene Kürzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 0,05 Prozentpunkte für die Arbeitgeber:innen werde sich weiter auf die Maßnahmen des AMS auswirken. Durch die Kürzungen der Lohnnebenkosten in den vergangenen Jahren sind bereits Löcher in den jeweiligen Budgets entstanden. Insgesamt fehlen 2025 bereits 2,8 Milliarden Euro pro Jahr – oder mehr als 16 Milliarden Euro seit 2015.

Gefahr für alle

„Man kann der Gegenseite eigentlich nur gratulieren, dass es ihnen gelungen ist, den Begriff Lohnnebenkosten so zu etablieren, dass viele denken, sie wären Nebensache“, so Pirklbauer. Stattdessen handle es sich, wie bereits erwähnt, um Sozialstaatsbeiträge, die die Kernleistungen des Sozialstaats finanzieren. Bei weiteren Kürzungen der Lohnnebenleistungen könne der Sozialstaat, wie wir ihn aktuell haben, nicht weiterbestehen. Auch wenn die Debatte um die Kürzung der Lohnnebenleistungen für einige Menschen zu trocken oder kompliziert erscheint, so wird doch vielen nach und nach klar, dass sie im Grunde alle Arbeitnehmer:innen und unser aller Lebensverhältnisse betrifft. Diese Erfahrungen haben Fuhrmann und Pirklbauer in Gesprächen mit Betriebsratsmitgliedern gemacht. Eines sei klar, so Fuhrmann: „Wer einen Sozialstaat haben möchte, der muss auch wissen, dass dieser finanziert werden muss.“ ▶

DREI FRAGEN ZU LOHNNEBENKOSTEN

an Helene Schubert, Chefökonomin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

1 / Gefährden Lohnnebenkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft?

Lohnnebenkosten haben unmittelbar nichts mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Sprechen wir von preislicher Wettbewerbsfähigkeit, meinen wir die Arbeitskosten pro produzierter Einheit – also die Lohnstückkosten. Somit ist auch die Produktivität wichtig. Österreich konnte in den letzten 30 Jahren bis 2022 seine Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern sogar verbessern. Seither steigen die Lohnstückkosten aufgrund hoher Inflation und fehlender Preiseingriffe etwas stärker an. Dennoch bleibt die österreichische Industrie hochproduktiv.

2 / Warum ist der Begriff „Lohnnebenkosten“ problematisch?

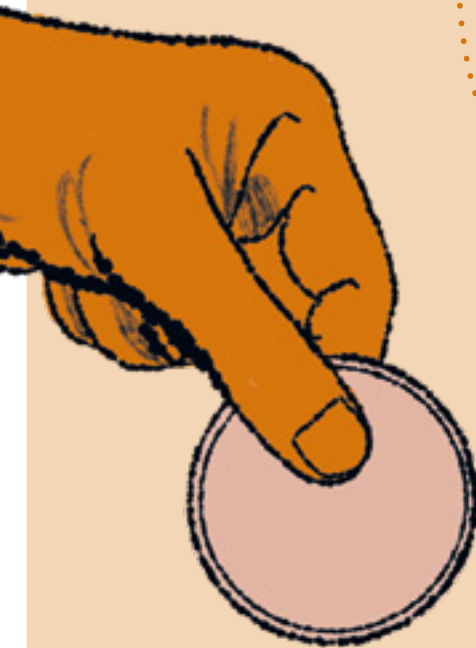
Der Begriff suggeriert, dass es sich dabei um Nebensächliches handelt. Das Gegenteil ist der Fall: Damit werden unter anderem Familienleistungen wie die Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und Gratis-Schulbücher finanziert sowie Pensionen, Arbeitslosengeld, Abfertigung, Absicherung bei Insolvenz des Arbeitgebers oder bei beruflich bedingten Unfällen oder Krankheiten, kommunale Infrastruktur etc. Sinnvoller ist es, auf die Leistungen zu verweisen, die damit finanziert werden können. Begriffe wie Sozialstaatsbeiträge oder Lohnnebenleistungen sind passender.

3 / Ist eine „Wertschöpfungsabgabe“ eine Alternative?

Eine Senkung der Lohnnebenkosten wäre nur bei gerechter Gegenfinanzierung akzeptabel. Der ÖGB schlägt hierfür eine „Wertschöpfungsabgabe“ vor. Derzeit hängen die Lohnnebenkosten nur von der Lohnsumme ab. Besser wäre es, an der gesamten Wertschöpfung eines Betriebes anzusetzen. Somit wären personalstarke Unternehmen nicht länger stärker belastet als kapitalintensive. Betriebe, die Beschäftigte wegrationalisieren und sich Abgaben ersparen, würden dann gerechter zur Finanzierung unseres Sozialstaats beitragen.

Lass dich nic

Lohnnebenkosten sind Beiträge, die Arbeitnehmer:innen erwirtschaften und Arbeitgeber:innen in den Sozialstaat einzahlen. Das kommt allen zugute, etwa für Familienbeihilfe oder die Behandlung nach einem Unfall. Werden Lohnnebenkosten



ARBEITSKOSTEN

Lohnnebenkosten

SV-Beiträge

etwa 18 %

Lohnsteuer

BRUTTOLOHN

Nettolohn



ht täuschen!

gekürzt, dann reißt das Finanzierungslöcher in den Sozialstaat: Es fehlt Geld für wichtige Sozialleistungen. Unternehmen hingegen profitieren – sie haben weniger Kosten und mehr Gewinn. Beschäftigten bringt eine Kürzung gar nichts.

SOZIALSTAATSBEITRAG
LOHNNEBEN KOSTEN

NUTZEN FÜR BESCHÄFTIGTE

PENSIONSVERSICHERUNG 12,55 %

PENSION

KRANKENVERSICHERUNG 3,78 %

GESUNDHEITSVERSORGUNG UND KRANKENGELD

ARBEITSLÖSENVERSICHERUNG 2,95 %

ARBEITSLÖSENGELD, QUALIFIZIERUNG

UNFALLVERSICHERUNG 1,10 %

VERSORGUNG BEI UNFÄLLEN

INSOLVENZ-ENTGELT-FONDS 0,10 %

LOHNZAHLUNG BEI KONKURS DES ARBEITGEBERS

ABFERTIGUNG-VORSORGEKASSE 1,53 %

ANSPRUCH AUF ABFERTIGUNG

WOHNBAUFÖRDERUNG 0,50 %

LEISTBARE WOHNUNGEN

FAMILIENLASTENAUSGLEICHSFONDS 3,70 %

FAMILIENBEIHILFE, KINDERBETREUUNGSGELD,
FREIFAHRT, SCHULBÜCHER USW.

KOMMUNALSTEUER 3,00 %

SCHULEN, KINDERGÄRTEN, ÖFFENTLICHER
VERKEHR, ABWASSER U. V. A.

**Seit 2014
wurden Lohn-
nebenkosten
10-mal gekürzt.**

Die Ermutigung der Entmutigten

Pensionierungen, fehlende Kinderbetreuung, Pflege und Infrastruktur, unfaire Bezahlung – das sind einige der Ursachen für den steigenden Fach- und Arbeitskräftebedarf. Zuzug ist dabei nur ein kleiner Teil der Lösung. Der größere Teil besteht in Qualifizierung und Ermutigung.

TEXT ALEXANDRA ROTTER



Im April kritisierte der Rechnungshof (RH), dass in Österreich eine Gesamtstrategie gegen den Fachkräftemangel fehle. Dabei wäre die Entwicklung einer solchen Strategie im aktuellen – und auch schon im vorigen – Regierungsprogramm vorgesehen. Im RH-Bericht heißt es dazu: „Seitens der Bundesministerien und der Länder bestanden Initiativen, die den Fachkräftemangel adressierten; eine Gesamtstrategie zur Abmilderung des Fachkräftemangels – wie im Regierungsprogramm 2020–2024 vorgesehen – lag zur Zeit der Prüfung aber nicht vor.“ Die RH-Forderungen sind vielfältig – und beginnen bei der Datenbasis. So gibt es in Österreich anders als in Deutschland kein Berufsregister.

Gabriele Schmid, Stabstelle Fachkräfte in der Bereichsleitung Soziales der AK Wien, schließt sich der Kritik an. Sie hat das White Paper „Fachkräftebedarf in Österreich – Analyse der Ursachen, Status der Quantifizierung und steuernde politische Maßnahmen aus Arbeitnehmer:innensicht“ geschrieben, das im März veröffentlicht wurde. Auch sie stieß an die Grenzen der Datenlage. Es gebe das AMS-Fachkräftebarometer und den Fachkräftemonitor, aber kein „wirklich solides Zahlengerüst“. So sei nicht bekannt, wie viele Menschen welche Berufe ausüben oder aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden: „Ohne eine halbwegs gesicherte Ausgangslage ist es schwer, die notwendigen Schritte zu setzen und ein entsprechendes Ausbildungsangebot zu schaffen.“ Spätestens jetzt aber müssten Aktivitäten gesetzt werden, um Menschen für die benötigten Berufsfelder auszubilden, denn das dauert Jahre. Dass das nicht passiert, hält Schmid für fahrlässig.

Konstruktiver Beitrag zur Klimakrise

Grob dürfte der Fachkräftebedarf in Österreich aktuell bei 210.000 Personen liegen, wobei die zugrunde liegende Unternehmensbefragung des Wirtschaftskammer-Forschungsinstituts ibw nicht zwischen Fach-



Gabriele Schmid von der AK Wien sieht Unternehmen mehr gefordert, für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu sorgen – etwa in der Gastronomie. Auch müssen Unternehmen wieder mehr eigene Fachkräfte ausbilden.

kräften und Arbeitskräften unterscheidet. Groß ist der Bedarf vor allem in der Pflege, in der Kinderbetreuung und in Schulen sowie in Gastronomie, Hotellerie und Handel. Auch IT bzw. IKT sind unterversorgte Bereiche. Und nicht zuletzt hat sich Gabriele Schmid den wachsenden Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf aufgrund der sozial-ökologischen Transformation angesehen: „Wenn wir in Österreich zum Thema Klimakrise einen konstruktiven Beitrag liefern wollen, brauchen wir die entsprechenden Fachleute, vor allem im Bereich der Gebäudesanierung und generell in handwerklichen Berufen, also etwa Installateur:innen und Dachdecker:innen. Dort liegen die großen Herausforderungen der Zukunft.“

Offene Stellen für Fachkräfte

Quelle: ibw-Forschungsbericht Nr. 215, 2023



Aber wie sind wir in diese Schieflage geraten? Und vor allem: Wie kommen wir wieder raus? Die Hauptgründe für den Fachkräftebedarf sind dem White Paper zufolge: Betriebe ziehen sich aus der betrieblichen Aus- und Weiterbildung zurück; viele Fachkräfte gehen in Pension; und es entsteht ein hoher Bedarf durch die „Twin Transition“, also Digitalisierung und Klimawandel. Gabriele Schmid stellt fest, dass Unternehmen beim Fachkräfte- und Arbeitskräftebedarf mehr in der Verantwortung sind, als sie zugeben. In der Gastronomie oder im Handel etwa handle es sich fast durchwegs um ein Problem der Vertreibung von Fachkräften, weil die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung weiterhin schlecht seien. Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt könnten Menschen den Job wechseln: „Und das machen sie auch. Alle Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen anbieten, finden Leute.“

Billige Arbeitskräfte aus dem Ausland

Anstatt an dieser Schieflage etwas zu ändern, indem sie mehr bezahlen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen, Lehrlinge ausbilden und Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer:innen anbieten, versuchen laut Schmid viele heimische Betriebe, „billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu bekommen“. Insbesondere Weiterbildung werde



Was machen Unternehmen richtig, die einfach zu Arbeitskräften kommen und sie auch halten? Das hat Julia Bock-Schappelwein vom WIFO erforscht. Demnach überzeugen sie unter anderem mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen.

stiefmütterlich behandelt. Dabei sei der Wettkampf um die besten Arbeitskräfte in ganz Europa im Gange, und es werde bald nicht mehr möglich sein, aus Nachbarstaaten oder anderen EU-Ländern Arbeitskräfte zu rekrutieren – insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte. Schmid: „Leben wir jetzt im Kapitalismus oder nicht? Wenn wir sagen: Hier herrscht Angebot und Nachfrage, und die Menschen suchen nach Jobs, dann gehen sie dorthin, wo sie besser bezahlt werden.“ Die Hürden für Zuzug seien immer noch sehr groß, wie man etwa bei der Rot-Weiß-Rot-Karte selbst nach den Erleichterungen sieht.

Zuzug sei aber ohnehin nur ein kleiner Teil der Lösung: „Es wird Migration und Zuwanderung brauchen, damit wir genug qualifizierte Fachkräfte haben, die das Wirtschaftssystem am Leben erhalten und modernisieren. Aber es gibt ausreichend Potenzial an Arbeitskräften im Inland, die unserer Meinung nach zuerst angesprochen und qualifiziert werden sollten.“ Schmid denkt vor allem an die „Entmutigten“ – zwischen 300.000 und 400.000 Menschen, viele von ihnen Migrantinnen aus Staaten, in denen Frauen kaum Chancen hatten: „Die muss man ansprechen und qualifizieren. Aber es braucht auch

Infrastrukturmaßnahmen wie Kinderbetreuung, Pflege, Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Regionen und Gesundheitsmaßnahmen.“

„Es wird Zuwanderung brauchen, damit wir genug qualifizierte Fachkräfte haben. Aber es gibt ausreichend Potenzial an Arbeitskräften im Inland, die zuerst qualifiziert werden sollten.“

Gabriele Schmid,
Stabstelle
Fachkräfte in der AK Wien

Rückzug aus dem Arbeitsmarkt

Das bestätigt auch Julia Bock-Schappelwein, Senior Economist in der Forschungsgruppe „Arbeitsmarktökonomie, Einkommen und soziale Sicherheit“ am WIFO. In

ihrer Forschung für die Studie „Integration von Frauen auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt“ wurde etwa deutlich, „dass vor allem viele junge Migrantinnen sich mit der Familiengründung gänzlich aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Da wäre es wichtig zu schauen, dass diese Frauen den Anschluss zum Arbeitsmarkt nicht verlieren.“ Ein weiteres Problem ist die demografische Entwicklung: Ältere Erwerbstätige sollten in Beschäftigung gehalten werden, damit sie nicht frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Und bislang nicht erwerbstätigen Personen sollte der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden – etwa Menschen mit Behinderungen und „NEETs“, also jungen Menschen, die den Weg von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt nicht schaffen und dem Arbeitsmarkt verlorengehen.

Neue Arbeitskultur

Trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten sollten Unternehmen jetzt in ihre Mitarbeiter:innen investieren, um der Arbeits- und Fachkräfteproblematik entgegenzuwirken. Julia Bock-Schappelwein ist dabei eine neue Denkweise weg von der Defizitorientierung wichtig. Sie fragt sich: Was machen Unternehmen richtig, die keine Schwierigkeiten beim Suchen und Halten von Arbeitskräften haben? Das hat sie sich für die Studie „New Work‘ in der Industrie“ konkret angesehen. Zum Beispiel bieten Good-Practice-Unternehmen verschiedene Arbeitszeitmodelle an, darunter etwa Teilzeit-Schichtmodelle: „Manche haben sogar sieben verschiedene Schichtmodelle, um den Präferenzen der Mitarbeiter:innen entgegenzukommen.“ Ein ganz großes Thema sei auch die wertschätzende Arbeitskultur. Und auch die Aus- und Weiterbildung sowie die Arbeitsplatzgestaltung waren laut Studie wesentlich für die Mitarbeiterbindung. Es gibt also noch sehr viele Stellschrauben, um etwas für den Fachkräftebedarf zu tun – auch, aber nicht nur durch Migration. ▀

Was macht einen Arbeitsstandort attraktiv?

Nicht nur Erreichbarkeit und Infrastruktur machen für Beschäftigte einen guten Arbeitsstandort aus, sondern auch ihr Wohl. Drei Betriebsratsmitglieder teilen ihre Sichtweise darüber, was die Qualität eines Arbeitsstandorts bestimmt.



ISABELLA HÖNLINGER BETRIEBSRATSVORSITZENDE VERBUND AG IN WIEN

Als Energieunternehmen mit Verwaltungssitz in Wien sind wir auf abgelegene Produktionsstandorte angewiesen, die jedoch oft wenig Infrastruktur bieten. Umso wichtiger ist uns, diese zum Wohl der Beschäftigten zu attraktivieren. Wie zum Beispiel unseren Campus für Lehrlinge am Standort Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug – mit Wohneinheiten, Aufenthaltsräumen, Gemeinschaftsküche, Fitnesscenter und ausleihbaren E-Bikes.



FRANZ JANTSCHER BETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI VOESTALPINE STAHL DONAWITZ

Ein wichtiges Qualitätsmerkmal im Rahmen der Fürsorgepflicht ist Sicherheit am Arbeitsplatz. Der Schutz der Arbeitnehmer:innen ist bei uns oberstes Gebot und nicht verhandelbar! Alle Arbeitnehmer:innen müssen am Ende des Tages gesund und unversehrt nach Hause kommen. Wir sorgen daher zu jeder Zeit für Sicherheit – durch Sensibilisierung, Schulung, Schutzwege und Arbeitsanweisungen im Umgang mit schweren Geräten.



HEIDI FÜRNRATH STELLV. BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI VOLKSHILFE STEIERMARK

Die Qualität eines Arbeitsstandorts hängt auch von einer guten Infrastruktur ab bzw. von guten Parkmöglichkeiten und einer guten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. Mitarbeiter:innen ist es zudem wichtig, dass es rund um den Arbeitsstandort gute Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie leistbaren Wohnraum gibt. Letzteres gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Rechtsruck schadet Wirtschaft

Seit das Netzwerk Correctiv Rechtsextreme in Potsdam entlarvte, warnen deutsche Unternehmen vor den Gefahren des Rechtspopulismus. Wirtschaftsforscher Tommy Krieger untersucht diese Befürchtungen in einer Studie. Die Ergebnisse sind auch für Österreich relevant.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

Viele Unternehmen fürchten, dass der wachsende Einfluss rechter Parteien wie der AfD in Deutschland oder der FPÖ in Österreich dem Wirtschaftsstandort schaden könnte. „2024 würde bei uns kein einziges Auto ohne Menschen mit Migrationshintergrund vom Band laufen“, sagte etwa der Chef von Mercedes. Eine Schwächung der EU, wie es rechte Parteien forcieren, wäre eine wirtschaftliche Katastrophe. Wir haben den Mannheimer Wirtschaftsforscher Tommy Krieger gefragt, wie sich Rechtspopulismus auf die Attraktivität von Standorten auswirkt – auch in Österreich.

Arbeit&Wirtschaft: Welche Rolle spielt Demokratie für einen Wirtschaftsstandort?

Tommy Krieger: Eine sehr große. Demokratien stehen wirtschaftlich besser da und entwickeln sich auch langfristig besser als Autokratien. Ein wesentlicher Grund dafür: Demokratien schaffen bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehört die Sicherung von Eigentum, aber auch eine unabhängige Justiz. Unternehmen schätzen langfristige Rechtssicherheit, aber auch Planungssicherheit. Ein zweiter wichtiger Aspekt: Demokratien schaffen es tenden-

ziell besser, Menschen Bildung zu ermöglichen. Dritter Punkt: Demokratien schaffen es besser als Autokratien, Innovationen zu ermöglichen. Regime, die es ihrer Bevölkerung aus Angst vor einer Revolution nicht erlauben, Bestehendes frei und kritisch zu hinterfragen, hemmen Innovationen. Wenn Unternehmen Sorge haben müssen, dass ein neues Produkt, eine technische Innovation oder eine alternative Organisationsstruktur vom Staat nicht goutiert und vielleicht sogar bestraft wird, wird es sich hier eher nicht engagieren.



TOMMY KRIEGER

forscht am Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW) zu politischer Ökonomie, Entwicklungsökonomie und Wirtschaftsgeschichte.

Was passiert, wenn rechte bis rechtsextreme politische Kräfte an Einfluss gewinnen?

Internationale Studien zeigen, dass sich rechts und rechtspopulistisch regierte Länder langfristig wirtschaftlich schlechter entwickeln. Beispiele sind hier Ungarn unter Viktor Orban, Italien unter Silvio Berlusconi und die Türkei unter Recep Tayyip Erdogan. Paradox erscheint, dass solche Politiker tendenziell dennoch länger an der Macht bleiben, obwohl sie ökonomisch schlechter performen.

Viele Branchen suchen händeringend nach Fachkräften, zum Beispiel in der Pflege. Wie attraktiv oder unattraktiv sind von Rechtsparteien regierte Länder für Fachkräfte aus dem Ausland?

Sehr unattraktiv! Hier gibt es zum Beispiel eine Studie vom ifo München, das sich Kärntner Gemeinden angesehen hat, nachdem die FPÖ das Bürgermeisteramt übernommen hatte. Das Ergebnis: Nach solch einem politischen Wechsel zogen weniger ausländische Personen in solch eine Gemeinde. Ähnlich verhielt es sich in Gemeinden in Italien, in denen die Lega Nord den/die Bürgermeister:in stellte. Drittes



Rechte Politik als Standortnachteil: Tommy Krieger untersucht die Auswirkungen von Rechtspopulismus auf Wirtschaftsstandorte und internationale Fachkräfte. Seine Forschung zeigt: Rechte Regierungen sorgen für geringeres Wirtschaftswachstum und gefährden Demokratien.

„Demokratien stehen wirtschaftlich besser da und entwickeln sich auch langfristig besser als Autokratien.“

Tommy Krieger

Beispiel: Dresden. Die Pegida-Aufmärsche führten zu weniger Zuwanderung, und zwar von Inländer:innen und Ausländer:innen. Warum? Die Menschen haben Sicherheitsbedenken. Wer umzieht, möchte in Frieden leben und vielleicht auch eine Familie gründen können.

Wie reagieren Unternehmen, wenn die Veränderung der politischen Führung zu einem Standortnachteil führt?

Dazu gibt es noch wenige Daten. Was wir aber wissen: Innovative Personen bewegen sich gerne international und meiden tendenziell Orte, an denen rechte bis rechtspopulistische Politiker:innen regieren.

Was kann die Politik umgekehrt dazu beitragen, dass ein Standort attraktiv ist?

Die Politik hat hier viele Handlungsmöglichkeiten. Vor allem darf nicht der Eindruck entstehen, dass Probleme wie rechte Gewalt einfach vom Tisch gewischt werden. So etwas muss im Gegenteil knallhart verfolgt werden. Der Rechtsstaat muss sich behaupten, und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass er nicht rasch und aktiv handelt. Das ist ein ganz wichtiges Signal. Wichtig sind aber auch das Engagement und die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen. Eine aktive Zivilgesellschaft sowie Demonstrationen für Demokratie und Weltoffenheit führen dazu, dass die Unterstützung für rechte Parteien sinkt. Das sollte man nicht unterschätzen.

Inwieweit können auch Unternehmen dazu beitragen, diese Zivilgesellschaft zu stärken?

Dazu gibt es leider keine Studien. Es fällt aber auf, dass die Wirtschaft diesbezüglich tendenziell zurückhaltend ist. Dabei muss man auch sehen, dass Unternehmen ja unter rechten Regierungen vordergründig Vorteile haben können, wie zum Beispiel weniger Auflagen oder niedrigere Umweltstandards. Da spielt dann oft die Frage nach dem kleineren Übel eine Rolle.

Rechte Regierungen sorgen also für weniger Umweltauflagen, aber auch für weniger Wirtschaftswachstum. Worum geht es Unternehmen letztlich?

Nach dem Bekanntwerden des Rechtsextremen-Treffens in Potsdam sind manche Unternehmen aktiv geworden und haben sich kritisch geäußert. Früher ging es seitens der Unternehmen zum Beispiel um die Auseinandersetzung mit Gewerkschaften. Heute ist allerdings der Fachkräftemangel das Hauptproblem. Und hier, wie eingangs erwähnt, braucht es eine liberale Gesellschaft, um Deutschland oder auch Österreich für ausländische Arbeitskräfte attraktiv zu machen.

Am Ende geht es also immer um die Frage: Was ist gut für das Geschäft? Und da wissen Unternehmen heute: Sie brauchen Arbeitskräfte, und da braucht es eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der sich diese auch wohlfühlen. ▀

Gut Ding braucht Feile

In der Kunst der Montage, Herstellung und Reparatur bis hin zur Restaurierung üben sich die Wiener Linien in ihrer Simmeringer Hauptwerkstätte – mit Fingerspitzengefühl werden zukünftige Fachkräfte auf dem Lehrlingscampus ausgebildet.

TEXT SOPHIA T. FIELHAUER-RESEI, CHRISTIAN RESEI

Am Anfang geht's ans Feilen:
Auch Angelique Weiss lernt
so das genaue Arbeiten und
bekommt dabei ein Gefühl
für unterschiedliche Mate-
rialien.



Die hohe Kunst des Feilens von Hand ist weiterhin Standard in vielen technischen Ausbildungen. Die Jugendlichen sollen ein Gefühl für das genaue Arbeiten an den Werkstoffen bekommen.

Es schwirrt der kratzige Klang von Metall an Metall durch die Luft, Feilen flitzen über in Zwingen gespannte Werkstücke, im Hintergrund läuft in gedämpfter Lautstärke Radio Wien. Erst im vergangenen Herbst wurde die neue Lehrwerkstätte der Wiener Linien auf rund 5.700 Quadratmetern eröffnet – sie ist Teil des Lehrlingscampus am Standort der Hauptwerkstätte Simmering. Verglichen mit der 64.000 Quadratmeter großen tatsächlichen Werkshalle ist das eine geradezu überschaubare Größe. Das gesamte Areal an der Simmeringer Hauptstraße misst gigantische 264.000 Quadratmeter. Mitarbeiter:innen, die sich kreuz und quer über das Gelände bewegen müssen, nutzen deshalb Fahrräder. Und noch eine kleine Superlativ: Hier lagern etwa 15.000 Ersatzteile für Schienenfahrzeuge.

Präzisionsarbeit

Soeben sind zehn junge Menschen ausschließlich auf ihr zu bearbeitendes Stück Stahl fokussiert – sämtliche Mobiltelefone müssen während des Tages, also zwischen sieben Uhr morgens und 15 Uhr, ruhen. „Beim Feilen kann der Stahl schon ein harter Gegner sein“, erklärt uns Daniela Steiner, Leiterin des Lehrlingscampus.

Um das Material an das vorgegebene Sollmaß anzupassen, bedarf es zu Beginn reichlich Kraft, gefolgt von immensm Feingefühl. Die Toleranzgrenze ist äußerst niedrig – passt das Stück nicht millimetergenau, lässt es sich final auch nicht mehr montieren. Die hohe Kunst des akribischen Feilens mit der Hand ist trotz „ausgefeilter“ Computertechnik auch heute noch Standard in der Ausbildung vieler technischer Berufe – die Jugendlichen sollen ein Gefühl für das genaue Arbeiten an den Werkstoffen bekommen. Nicht grundlos kursiert die abgewandelte Redensart „Gut Ding braucht Feile“ durch die Lehrwerkstätte – für manche Lehrlinge soll die Präzisionsarbeit charakterbildend sein, für andere ist sie oft eine Qual.

Angelique Weiss ist eine von drei jungen Frauen der 10-köpfigen Gruppe. Sie absolviert das erste Jahr der Doppellehre Elektrotechnik und Mechatronik. Während einer zweitägigen Schnupperpraxis

konnte sich die 18-Jährige beim Lötens einiger Werkstücke versuchen und überzeugte die Ausbilder:innen: Angelique erhielt das sogenannte „Golden Ticket“, eine Zusage für einen Lehrplatz ganz ohne die sonst erforderlichen Bewerbungsrunden. Diese gelten als relativ schwierig, immerhin kommen allein rund 20 Bewerber:innen auf nur einen Lehrplatz. Beinahe alle Lehrlinge werden übernommen, der Statistik zufolge mehr als 90 Prozent. Zukünftig sind sie unter anderem für die Wartung und Reparatur von U-Bahn, Straßenbahn, Bus und die Infrastruktur der Stationen verantwortlich.

Tram 71 fährt exklusiv

Frühmorgens rattert der 71er nicht bloß am Zentralfriedhof vorbei nach Kaiserebersdorf, sondern auch mitten ins Hauptwerkstätten-gelände der Wiener Linien. Kurz vor fünf Uhr morgens läutet der Wecker von Angelique Weiss, pünktlich um sieben Uhr beginnt sie ihren Arbeitstag auf dem Lehrcampus der Wiener Linien. Dass sie so zeitig aus dem Bett muss, stört sie kein bisschen – als Morgenmensch würde sie gern früher beginnen. „Feilen, sägen, bohren – das saubere Arbeiten finde ich schon sehr cool“, schwärmt die Wienerin, die sich aber auch für Elektrotechnik begeistern kann – abgesehen von der elektronischen „Fuzelarbeit“, die sie nicht täglich haben muss. Bevor Angelique ihre Lehre begann, besuchte sie eine HTL und musste dort viel programmieren. „Ich wollte aber lieber etwas Handwerkliches machen“, erzählt sie, und so schnupperte sie bei den Wiener Stadtwerken und entschied sich dann für die Wiener Linien. Allerdings ist die Jugendliche erblich ein wenig vorbelastet, zumal ihre Mutter als Straßenbahnfahrerin in Wien unterwegs war. „Später möchte ich auch die Qualifikation zur Werkmeisterin machen“, ist sich Angelique Weiss über ihre Zukunft erst mal gewiss.

„Mädchen haben eine andere Sichtweise auf die Technik“, weiß Leiterin Daniela Steiner, die vor 14 Jahren selbst als Lehrling bei den Wiener Linien begonnen hat. Gemeinhin gelten junge Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen als besonne-



Angelique Weiss will sich auch handwerklich einbringen. Während ihrer zweitägigen Schnupperpraxis überzeugte das auch ihre Ausbilder:innen, und sie erhielt das „Golden Ticket“.

ner bei ihrer Berufswahl. Entscheiden sie sich für eine technische Ausbildung, dann auch mit dem Wissen, worauf sie sich einlassen. In der Lehrlingsgruppe schafft das eine „tolle Ergänzung“, freut sich Steiner. Mädchen bringen die nötige Ruhe in die Runde und sorgen auch für bessere Umgangsformen bei den Burschen. „Gemischte Gruppen sind auch erfolgreicher, sie kommen sehr schnell auf innovative Lösungen“, weiß die Lehrlingscampus-Leiterin und ausgebildete Kraftfahrzeugtechnikerin aus Erfahrung.

Die Wiener Linien setzen bei ihrer Ausbildung daher gezielt auf gemischtgeschlechtliche Ausbildung und junge Menschen, die nicht stillstehen wollen. „Das Interesse an Technik, Innovationen und der eigenen persönlichen Entwicklung ist das Wichtigste“, erklärt Steiner und vermittelt das auch den Lehrlingen – aktuell werden 366 junge Menschen von 36 Ausbilder:innen geschult. „Wir müssen immer offen für Veränderung sein, denn die Technik entwickelt sich stetig weiter, und nichts, was heute gelernt wird, ist in Stein gemeißelt.“

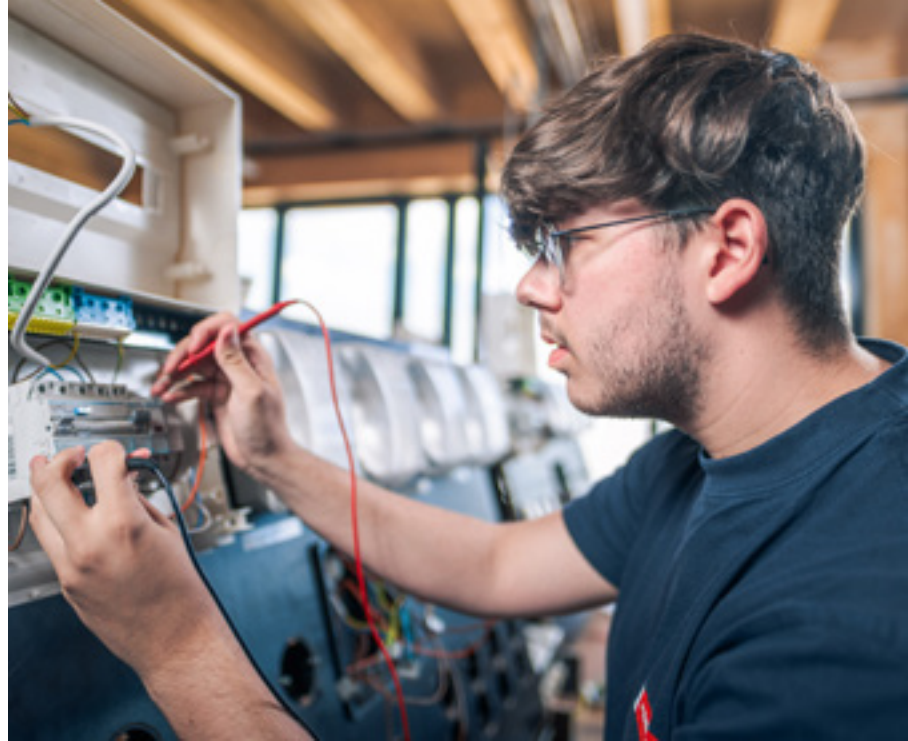
Handwerkliches Gespür

Seit Steiners Lehrzeit hat sich das Berufsbild der Kfz-Mechaniker:innen stark verändert: „Wir haben die Motoren zerlegt und Kolbenringe getauscht – damals haben sich die Mechaniker:innen noch in den Motor eingefühlt und hineingehört, um einen Fehler zu finden. Das konnte Stunden dauern.“ Wehmütig ist sie deshalb, getreu der Devise ständiger Weiterentwicklung, keineswegs. Das genaue Hinhören ist der Arbeit mit dem Computer überwiegend gewichen: Mechaniker:innen wählen sich mit einem Endgerät in

das Fahrzeug ein. Statt also das Ohr ans Fahrzeughertz zu legen, filtert etwa das Notebook anhand verschiedener elektronischer Komponenten die Problemstellung heraus. Freilich, ein handwerkliches Gespür brauchen die Mechaniker:innen noch immer, ein kaputtes Radlager beispielsweise wird von einem Sensor in der Regel (noch) nicht erkannt.

Auf dem Lehrlingscampus muss es eine Fehlerkultur geben, ist Daniela Steiner überzeugt: „Mir ist es wichtig, auf Augenhöhe zu kommunizieren. Lehrlinge müssen fragen dürfen, wenn sie etwas nicht verstanden haben und ich es erklären soll.“ Die Ausbildung orientiert sich stark am Wissensstand der Lehrlinge. „Wir ziehen den Lehrplan nicht einfach stur durch, sondern schauen auf die Stärken und Schwächen unserer Jugendlichen.“ Mancher Lehrinhalt wird vielleicht erst später unterrichtet, dafür ein anderer vorgezogen. Entscheidend ist, dass am Ende der Lehre (meist nach vier Jahren) die Fähigkeiten und das Wissen auch angewendet werden können. Natürlich wird von den jungen Menschen auch sehr viel gefordert: „Wenn ich in einem Team arbeite, muss ich meinen Kolleg:innen zu 100 Prozent vertrauen, mich auf sie verlassen können und umgekehrt.“ Das fängt bei der Pünktlichkeit an, geht über die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und reicht bis zur fehlerfreien Montage oder Kontrolle.

Daneben bieten die Wiener Linien ihren Lehrlingen auch Trainings in Team-Entwicklung und Konfliktmanagement oder Kommunikationsworkshops zur Persönlichkeitsentwicklung an. Lehrlingscampus-Leiterin Steiner: „Zu Beginn sind sie noch das Schulsystem gewohnt, und da ist es ganz wichtig, dass wir diese Lehrzeit nutzen, um die Jugendlichen auf andere Rahmenbedin-



Daniela Steiner leitet den Lehrlingscampus der Wiener Linien. Simon Schoiswohl-Hüterer ist Ausbildungsleiter. Das Credo der beiden: möglichst flache Hierarchien, aber klare Vorgaben.

Jugendvertrauensrat Florian Schlögl arbeitet gerne am Schaltschrank. Bei komplexeren Schaltungen ist es wichtig, den richtigen Widerstand zu finden.

gungen vorzubereiten.“ Das heißt: konzentriertes Arbeiten, um Fehler zu vermeiden. Themen wie Disziplin, offene Kommunikation und Konsequenz sind so wichtig für das Unternehmen wie Hierarchie und Technik. „Die Hierarchie ist ganz essenziell, um klare Strukturen vorzugeben und Kommunikationswege einzuhalten. Disziplin gehört zu unserer Unternehmenskultur – es braucht sie, um Arbeitsaufträge auch zeitgerecht und fehlerfrei abschließen zu können“, erklärt Steiner ihre Sicht der Dinge. Es sei wichtig, dass sowohl Eigenverantwortung als auch Hierarchie in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, um effektive Zusammenarbeit und gute Ergebnisse zu erzielen. In einigen Fällen kann es notwendig sein, die Hierarchie zugunsten von mehr Eigenverantwortung zu lockern, um Innovation und Kreativität zu fördern. „Es ist jedoch auch wichtig, die Grenzen zu respektieren und sicherzustellen, dass die Einhaltung von Regeln und Richtlinien gewährleistet ist.“

Die Jungen bei Laune halten

Ganze zwei Jahre verbringen die Lehrlinge in der Lehrwerkstätte, bevor sie das erste Mal an leibhaftige Straßenbahnen, Busse oder U-Bahnen randürfen. „Da müssen wir sie schon bei Laune halten“, macht Roman Simek, Ausbilder von Angelique Weiss, deutlich. „Deshalb versuche ich halt, die Lehre so abwechslungsreich wie möglich zu gestalten.“ Dazu gehört etwa die Konstruktion kleiner Motoren, die hiernach mittels 3-D-Drucker Gestalt annehmen, oder der Bau einer intelligenten kleinen Waage, auf der eine volle Wasserflasche steht. Weil die Lehrlinge während des

Unterrichts zu wenig trinken, gibt sie laute Geräusche von sich, sollten innerhalb einer halben Stunde weniger als 0,2 Liter getrunken werden.

Florian Schlögl ist im zweiten Lehrjahr und wurde vor Kurzem zum Jugendvertrauensrat gewählt. Zur Gewerkschaftsjugend kam der Wiener, weil er sich gerne für andere Menschen einsetzt. „Die Gewerkschaft hat sich in der Firma vorgestellt, da habe ich diese Aufgabe für mich entdeckt“, erzählt Florian, der bereits in der Schule Klassensprecher war. Er hat sich für die Lehre mit Matura entschieden, dafür musste er im ersten Lehrjahr in der Berufsschule einen Notendurchschnitt von 1,5 oder niedriger erreichen. Die Ausbildung schätzt der 20-Jährige sehr: „Wir machen das Elektronische, wir machen Bauinstallationen oder Schaltschränke, und ich liebe es, Schaltkreise zu bauen.“ Das Lernen in der Gruppe spornt Florian an, immer gut sein zu wollen – auf keinen Fall aber der Schlechteste. In seiner Freizeit hat er die Astronomie für sich entdeckt und möchte sich demnächst ein Teleskop zulegen. „Dabei interessieren mich die Planeten nicht so sehr, eher sind es das tiefe Schwarz oder neue Galaxien.“ Wer weiß, ob sich die Wiener Linien nicht auch einst in die Lüfte schwingen – technisch ist schließlich nichts in Stein gemeißelt, und alles ist in Bewegung. Mit der Entwicklung des Lehrlingscampus ist Daniela Steiner jedenfalls mehr als zufrieden: „Ich habe das Gefühl, dass die Lehrlinge wesentlich mehr Mut haben, Sachen anzusprechen, als noch vor zehn Jahren. Und sie scheuen sich dabei auch nicht, auf kritische Punkte einzugehen.“ Denn schließlich ermöglicht es die konstruktive Kritik Ausbilder:innen und Lehrlingen, einfach noch besser zu werden. ▀

Alles, was ihr volt!

Bis 2030 will Österreich seinen Strom vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Das tut nicht nur der Umwelt gut. Energiekosten sind entscheidend für den Erhalt von Industrien, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im Land.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Die Verbund AG elektrisiert Österreich: Der Konzern – großteils im Besitz der öffentlichen Hand – produziert 40 Prozent des in Österreich benötigten Stroms. „Wir sind das wertvollste Unternehmen der Republik“, konstatiert Kurt Christof, Vorsitzender der Konzernvertretung der Arbeitnehmer:innen. Seit mehr als 45 Jahren arbeitet er im Unternehmen, seit 20 Jahren im Aufsichtsrat. Aufgrund der wichtigen Rolle der Verbund AG für die heimische Energiebranche kennt er somit wesentliche Entwicklungen auf dem Strom- und Energiemarkt aus eigener Anschauung. Und er weiß um die Probleme, die mit der Umstellung der österreichischen Wirtschaft auf erneuerbare Energieformen einhergehen. Die Zielvorgabe scheint klar: Bis 2030 will Österreich 100 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen. Gefragt über den Stand der Entwicklung, meint Christof: „Wir sind sehr unglücklich darüber, wie der Umbau bislang vonstattengeht. Vor allem der dringend nötige Netzausbau stockt. Hier geht einfach nichts voran.“

Massiver Anstieg

Dieser Ansicht sind auch Expert:innen aus Arbeiterkammer und ÖGB. So vermisst die ÖGB-Energieexpertin Angela Pfister eine strategische Ausrichtung in der Politik. „Es gibt keinen Plan, wie eine Energie- und Industriepolitik aussehen kann. Dabei wäre das für den Standort extrem wichtig, damit Schlüsselindustrien und Wertschöpfung sowie Beschäftigung im Land erhalten bleiben.“ Pfister betont auch die Wichtigkeit des Ausbaus der Energie-Infrastruktur und der Netze. „Elektrifizierung wird immer bedeutender, vor allem, wenn mehr Industriezweige wie etwa

die Papier- oder die Stahlindustrie auf Elektrizität setzen, um ihren Energiebedarf zu decken.“ Tatsächlich prognostizieren auch Statistiken der E-Control einen deutlichen Anstieg des Strombedarfs bis zum Jahr 2040, wobei die Bereiche Industrie, Mobilität und Wasserstoffproduktion die größten Sprünge nach oben verzeichnen.

Den Ausbau-Turbo anwerfen

Um den wachsenden Strombedarf zu bewältigen, muss das Stromnetz massiv ausgebaut werden – das birgt ein riesiges Beschäftigungspotenzial. Eine im Mai 2024 veröffentlichte Analyse des österreichischen Übertragungsnetzbetreibers Austrian Power Grid (APG) spricht von einem der größten Investitionsprogramme in Österreich für die kommenden zehn Jahre, welches insgesamt

Bis 2033 will die APG 9 Milliarden Euro ins Stromnetz investieren. Das würde bedeuten:

Quelle: Economica-Institut, 2023





90.000 Beschäftigungsverhältnisse schaffen könnte. Das sind rund 9.000 Vollzeitjobs pro Jahr. Wie Joel Tölgyes, Energieexperte der Arbeiterkammer Wien, betont, geht dies allerdings mit einem massiven Investitionsvolumen einher. Er spricht von Geldern in Höhe von zumindest 20 Milliarden Euro, die in den kommenden zehn Jahren bei der APG und den Verteilernetzen ausgegeben werden müssen. „Das heißt, dass wir in diesem Zeitraum doppelt so viel in die Stromnetze investieren müssen, wie wir es in den vergangenen zehn Jahren getan haben“, sagt er. Laut Angaben der APG dürfte sich dieser Aufwand jedoch lohnen. Deren Studie spricht von einer Bruttowertschöpfung in Höhe von 6,6 Milliarden Euro aufgrund des bis 2033 geplanten Investitionsprogramms. Stimmen diese Zahlen, würden über 70 Cent jedes ausgegebenen Euros in Österreich verbleiben. In einem Ende September 2023 veröffentlichten „10-Punkte-Plan für Standort und Beschäftigung“ bestätigt auch der ÖGB das wirtschaftliche Potenzial eines Umbaus im Stromsektor.

Überschuss-Probleme

Doch warum braucht es überhaupt derartige Investitionen? Hier kehren wir zu den Äußerungen von Kurt Christof über die stockende Energiewende in Österreich zurück. Er berichtet von starken Ungleichgewichten im österreichischen Stromnetz. „Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen wird durch den Staat gefördert. Durch diese Anlagen entstehen aber Erzeugungsspitzen, die wir nicht wegstücken können. Wir können auch den durch Photovoltaik hergestellten Strom nicht speichern, da der Ausbau von Speicherkapazitäten bislang versäumt wurde. Das heißt, dass wir zum Beispiel Wasserkraftwerke zeitweise abregeln müssen, wenn es gerade einen Überschuss



Das Stromnetz müsse dringend ausgebaut werden, sagt Kurt Christof, Arbeitnehmer:innenvertreter bei der Verbund AG. Aber da gehe einfach nichts voran.

an durch Photovoltaik produzierten Strom gibt.“ Auch hier stimmt Joel Tölgyes zu: „Das Stromnetz muss immer austariert sein. Es muss immer so viel eingespeist werden, wie verbraucht wird.“

„Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen wird durch den Staat gefördert. Durch diese Anlagen entstehen aber Erzeugungsspitzen, die wir nicht wegstücken können.“

Kurt Christof, Betriebsrat bei der Verbund AG

Photovoltaik und Windenergie seien sehr volatile Formen der Stromgewinnung und Schwankungen immer eine Möglichkeit. „Es kann zu Überschüssen kommen, die dann entweder ins Ausland abgegeben oder gespeichert werden müssen. Kommt es umgekehrt

FINANZIERUNG SOLIDARIS



**Angela Pfister drängt auf einen Plan für eine Energiepolitik.
Dies sei entscheidend, um den Standort zu stärken
und Arbeitsplätze im Land zu sichern.**

zu Engpässen, braucht es Kraftwerke, die im Notfall zugeschaltet werden können.“ Derartige Notfallmaßnahmen, die in der Branche „Redispatch-Maßnahmen“ genannt werden, kosten Geld. „Wir haben voriges Jahr 130 Millionen Euro für Ausgleichsmaßnahmen ausgeben müssen“, berichtet Kurt Christof in Bezug auf die APG. Zu verhindern seien solche Vorfälle nur durch einen langfristigen und sorgfältig geplanten, effizienten Ausbau des Stromnetzes, so Tölgyes.

Wer zahlt's?

Wer soll nun die riesigen Kosten stemmen? Schon die Stromgewinnung an sich hat ihren Preis. „Energiekosten sind ein wesentlicher Standortfaktor“, sagt Angela Pfister, auch mit Blick auf die USA,

wo Strom um bis zu zwei Drittel billiger sei als in EU-Ländern. China und die USA hätten zudem schon lange begonnen, massiv in ihren Umbau zu investieren. In der Europäischen Union habe es hingegen lange keine aktive Industriepolitik gegeben. Stattdessen habe man auf Export und Globalisierung gesetzt. Energiekosten kämen in der aktuellen Standortdiskussion zu kurz. Dabei sind energieintensive Unternehmen von hohen Energiepreisen besonders betroffen – darunter fallen die Metallherzeugung und -bearbeitung, die Papierindustrie, die chemische und pharmazeutische Industrie sowie die Herstellung von Glas, Keramik und Zement. Hinzu kommt, dass private Haushalte einen überproportional hohen Anteil der Netzkosten tragen, wie Joel Tölgyes betont: „Haushalte sind für rund ein Viertel des Stromverbrauchs verantwortlich, tragen aber 40 Prozent der Netzkosten. Die Großindustrie verbraucht ungefähr gleich viel Strom wie die privaten Haushalte, nämlich 28 Prozent des Stromverbrauchs in Österreich. Sie trägt aber nur 11 Prozent der Netzkosten.“ Es brauche mehr Planungssicherheit bei den Energiepreisen. „Die Energieversorgung muss für Haushalte und Unternehmen zu leistbaren Preisen sichergestellt werden. Die gemeinwirtschaftliche Verantwortung von Energieunternehmen muss entsprechend rechtlich festgeschrieben werden.“

Gerechteres Kostensystem

Die Energiewende und der damit verbundene Ausbau der Netze seien damit nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Frage, so Tölgyes. „Private Verbraucher:innen sind in der Regel an unteren Netzebenen angeschlossen. Sie finanzieren aber die oberen Netzebenen mit. Großverbraucher:innen sind oft an höheren Netzebenen angeschlossen und zahlen deshalb weniger.“ Diese Aufteilung sei



aber aufgrund der Veränderungen bei der Stromversorgung nicht mehr zeitgemäß, meint Tölgyes. Eine zunehmende Zahl an Privathaushalten hat inzwischen Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Diese Haushalte speisen Strom zumeist auf einer niedrigen Netzebene ins Stromnetz ein. Der Strom fließt nicht mehr nur von oben hinunter, sondern auch von unten hinauf, und dann wieder hinab. Das sei die Folge einer zunehmend dezentralen Struktur bei der Stromproduktion und ein weiterer Grund dafür, warum es so großen Planungsbedarf beim Ausbau der Stromnetze gibt. Nötig sei auch eine „solidarische Finanzierung“ des Netzausbaus, wie der 10-Punkte-Plan des ÖGB formuliert, denn „die Finanzierung der Netzinfrastruktur wird derzeit zum größten Teil von Endverbraucher:innen sichergestellt“.

„Haushalte verbrauchen rund ein Viertel des Stroms, tragen aber 40 Prozent der Netzkosten.“

Joel Tölgyes, AK-Energieexperte

Für mehr Kostengerechtigkeit sei auch eine Abkehr vom derzeitigen Merit-Order-System im Strommarktdesign nötig, betonen Tölgyes und Pfister übereinstimmend. Im Merit-Order-System wird, vereinfacht erklärt, der Strompreis am Angebot des teuersten zur Deckung des Strombedarfs benötigten Kraftwerks ausgerichtet. Das

sind oft Gaskraftwerke. Die Vorteile günstigerer Stromproduktion, etwa durch Windkraftwerke oder Photovoltaikanlagen, können so oft nicht an die Verbraucher:innen weitergegeben werden. Mit einer Hinwendung zu einem gerechteren Kostensystem sei aber in den kommenden Jahren nicht zu rechnen, so Tölgyes. Zusätzlich kritisiert Angela Pfister, dass die Preispolitik der Anbieter völlig intransparent sei. Das belaste vor allem private Haushalte. „Wir fordern deshalb konkrete Maßnahmen, um hohe Energiepreise für die Bevölkerung abzumildern und diesen auch in der Zukunft entgegenzuwirken. Oberstes Ziel muss es sein, alle Menschen mit leistbarer Energie zu versorgen.“ Unmittelbar umsetzbar, so Pfister, wäre die Einrichtung eines effektiven Preismonitorings. Damit könnte man untersuchen, inwieweit die Preispolitik der Energieversorger gerechtfertigt ist.

Die Zeit drängt

Aus der Sicht von Kurt Christof drängt die Zeit. Wichtige Fragen, so der Betriebsrat, werden beim Netzausbau und der Energiewende immer wieder verschleppt. „Die Inflation bleibt nicht stehen. Viele nötige Infrastrukturen hätte man billiger bekommen können, wenn es schneller gegangen wäre. Ein großer Faktor sind die Genehmigungsverfahren, die viel zu lange dauern.“ Als eine Lösung fordert der ÖGB eine übergeordnete Infrastrukturstrategie und eine verbindliche Planungskoordination von Bund, Ländern und Gemeinden für die nötige Infrastruktur. Dann klappt es vielleicht auch mit dem Umbau bei der Stromproduktion. ▀

Die Zukunft bahnt sich an

Sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr kommt Österreich immer mehr auf Schiene. Doch es gibt viele Baustellen, die die positive Entwicklung ausbremsen. Nur, wenn rechtzeitig gegengesteuert wird, könnte die Bahn stärker aufblühen als je zuvor.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Ein makroökonomisches Fahrtenbuch: Die Schienen Control GmbH ist die Regulierungsbehörde für den Schienenverkehr in Österreich. Regelmäßig veröffentlicht sie einen Bericht, der Aufschluss über die wirtschaftliche Lage im Schienenverkehr in Österreich gibt. 2022 erschien der bislang aktuellste Bericht. In ihm wird deutlich, welche große Bedeutung die Eisenbahnen für das Land Österreich haben. So ist darin unter anderem zu lesen, dass Österreich im Jahr 2021 europaweit „nach den zurückgelegten Zugkilometern pro Person auf dem dritten Rang hinter der Schweiz und – neuerdings – Frankreich“

platziert war. „Österreich war, nachdem es Schweden überholt hatte, in absoluten Zahlen fünftgrößter Markt und konnte trotz geringen Wachstums seine Position im europäischen Spitzenfeld halten.“

Das sind Zahlen, die auch bei der Arbeiterkammer Wien mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen werden. „Im europäischen Vergleich steht unser Eisenbahnsystem sehr gut da“, findet Lukas Oberndorfer, Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien. Österreich sei schnell aus dem sogenannten Corona-Knick herausgekommen, der einen Einbruch bei den Nutzer:innenzahlen aller

öffentlichen Verkehrsmittel zur Folge hatte. Es sei auch schon „so etwas wie ein Einstieg in die Mobilitätswende beobachtbar“, so Oberndorfer weiter. „Hier war auch das Klimaticket eine wichtige Innovation. Das Problem ist nur, dass nicht gleichzeitig auch für genug Personal und Schienenfahrzeuge gesorgt wurde.“

Schienerreiches Österreich

Wenn Menschen in Österreich an die Eisenbahnen denken, dann denken sie meist vor allem an die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Viele dürfte überraschen,



„Deutschland hat die Bahnen sehr weit liberalisiert. Am Zustand der dortigen Bahnen zeigt sich, dass das nicht funktioniert.“

Olivia Janisch, Vorsitzende des ÖBB-Konzernbetriebsrats

dass es laut Bericht der Schienen Control insgesamt 86 Eisenbahnunternehmen in Österreich gibt. 39 davon sind private Unternehmen. Im Güterverkehr hält die ÖBB-Tochter Rail Cargo Austria zwar noch den höchsten Marktanteil mit 60,8 Prozent bei den Nettotonnenkilometern nach Unternehmensgruppen. Doch die „zweitgrößte Gruppe stellen die Bahnen im Privateigentum (z. B. Lokomotion, CargoServ, Ecco-Rail etc.) dar. Deren Marktanteil stieg in den letzten fünf Jahren von 14,3 auf 24,7 Prozent“, heißt es in dem Bericht weiter.

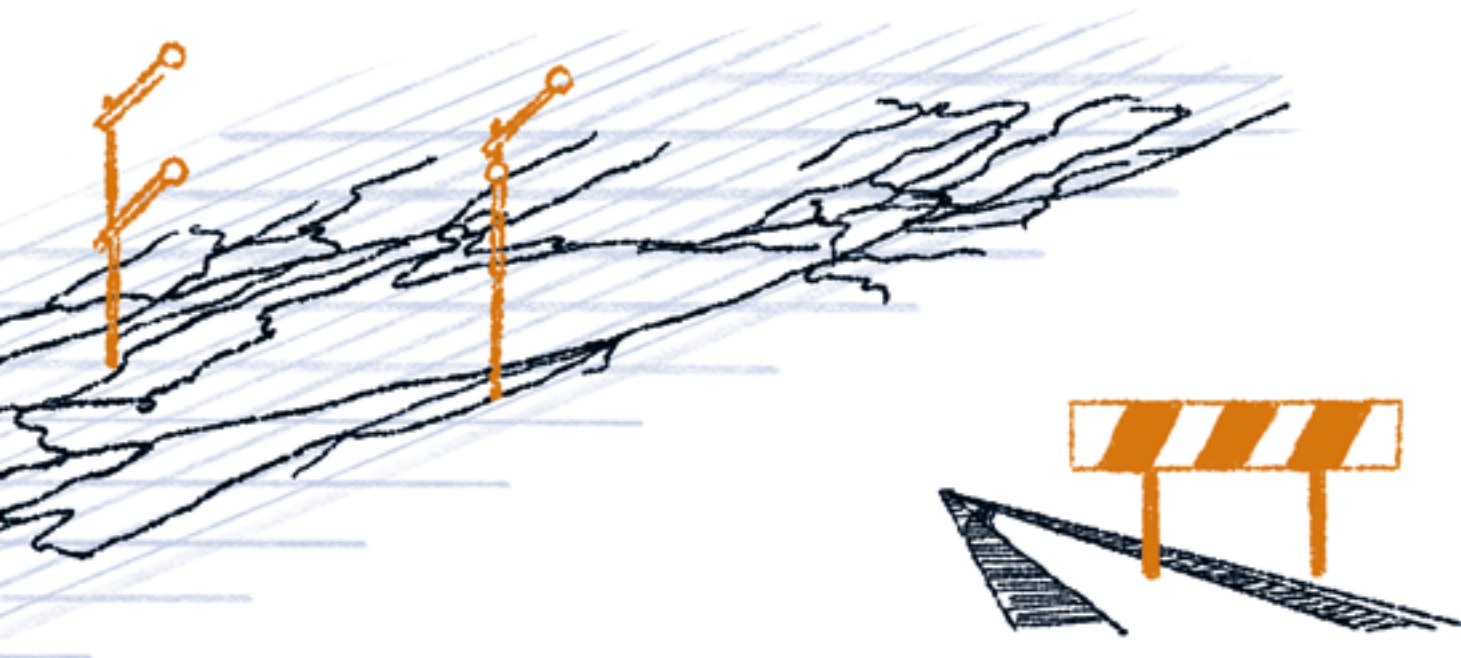
Dass die Bahnen in Österreich im europäischen Vergleich so gut aufgestellt sind,

liege auch daran, dass es in Österreich einen Rahmenplan für die Weiterentwicklung der Österreichischen Bundesbahnen gebe, sagt die stellvertretende Vorsitzende des ÖBB-Konzernbetriebsrats, Olivia Janisch. Bis 2029 hat sich das Bundesministerium für Klimaschutz und Mobilität darin einige Ziele gesetzt. Unter anderem soll die Schieneninfrastruktur ausgebaut und verbessert werden, Bahnhöfe neu gebaut, Güterterminals erweitert und Strecken saniert werden. Für Olivia Janisch bedeutet Mobilität vor allem Freiheit. Bahnen seien ein Teil der öffentlichen Versorgung. „Sie sind unser Eigentum.“ Dass Österreich einen Rah-

menplan zur Weiterentwicklung habe, gebe Stabilität. „In Europa sehen wir, wohin die Liberalisierung führt“, sagt Janisch. „Deutschland hat die Bahnen sehr weit liberalisiert. Am Zustand der dortigen Bahnen zeigt sich, dass das nicht funktioniert.“

Direktfahrt aufs Abstellgleis

Im Güterverkehr wird deutlich, wo Liberalisierungen und Einsparungen bei der Bahn an ihre Grenzen stoßen und zur Gefahr werden. „Hier gibt es profitable und nicht profitable Bereiche“, erklärt Luise Wimpler, Expertin aus dem Referat Internationales





„Kein Zug fährt ohne Menschen“, sagt Betriebsratsvorsitzende Olivia Janisch. Und die kommen nur, wenn die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung stimmen.

und Wirtschaft der Gewerkschaft vida. „Besonders die nicht profitablen Bereiche sind für ein ökologischeres Transportwesen besonders wichtig.“ Das betrifft vor allem den sogenannten Einzelwagenverkehr. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Methode zur flexiblen Zusammenstellung von Güterzügen. Ein aus Einzelwagen bestehender Güterzug transportiert Güter vieler unterschiedlicher Auftraggeber:innen. Damit das funktionieren kann, bedarf es aber an den verschiedenen Knotenpunkten entlang der Bahnstrecke gut funktionierender logistischer Infrastrukturen, um Wagen

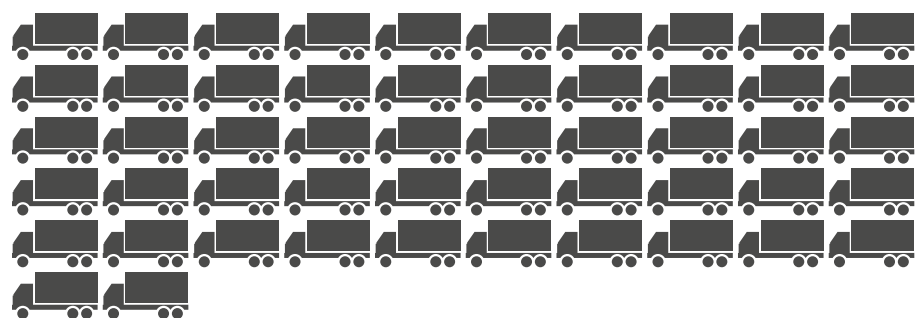
an- und abzukoppeln und Güter eventuell für die „letzte Meile“ auf andere Verkehrsträger umzuladen. Neben Anschlussgleisen, Terminals und Lokomotiven braucht es dafür auch ausreichend Personal. „Kein Zug fährt ohne Menschen“, sagt Olivia Janisch. „Und die kommen nur, wenn die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung stimmen. Deshalb benötigen wir auch einen Rahmenplan für das Personal, nicht nur für die Infrastrukturen. Doch den gibt es bislang nicht.“ Ganz im Gegenteil: Das ÖBB-Management habe auf Geheiß der Politik zu lange auf eine Politik des „bewussten Man-

gels“ gesetzt. „Jetzt haben wir zu wenig Personal. In den nächsten sechs Jahren gehen rund 19.000 Beschäftigte in den Ruhestand. Das ist die Hälfte des Personals.“

Gerade der Einzelwagenverkehr biete aus ökologischer Sicht gegenüber dem Lkw-Verkehr massive Vorteile, so Janisch. „Ein Güterzug ersetzt bis zu 52 Lkws. Der Einzelwagenverkehr in Österreich ersetzt 500.000 Lkw-Fahrten pro Jahr. Das sind 1.370 Fahrten pro Tag.“ Luise Wimpler teilt diese Ansicht, gibt aber zu bedenken: „Die ökologische Bedeutung des Einzelwagenverkehrs lässt sich nicht profitabel abbilden. Deshalb wollen private, profitorientierte Unternehmen sich das niemals antun. Hier liegt die große Gefahr weiterer Liberalisierung.“

Ein Güterzug ersetzt bis zu 52 Lkws

Quelle: BMK, SCHIG



Angriff auf die Direktvergabe

Genau dies bahnt sich derzeit innerhalb der EU an. Gefahr droht den Bahnen durch neue Leitlinien der EU-Kommission, welche die bislang in Österreich praktizierte Methode der Direktvergabe gefährden. Eisenbahnleistungen im Personenverkehr könnten demnach einem Ausschreibungszwang unterworfen werden. Die Folgen: Arbeitsplätze könnten weiter abgebaut, Strecken stillgelegt werden. Denn ähnlich wie beim Güterverkehr werden sich private Bahnkonzerne auch im Personenverkehr bemühen, nicht profitable Bereiche nach Möglichkeit abzustößeln.



Lukas Oberndorfer von der AK warnt davor, dass Eisenbahnleistungen im Personenverkehr ausgeschrieben werden müssen. Das könnte zu Jobverlusten und Streckenstilllegungen führen.

Gerade mit Blick auf das schrumpfende CO₂-Budget plädiert Oberndorfer für eine planende Wirtschaftspolitik, die aktive Beschäftigungs- und Industriepolitik gemeinsam denkt.

Im Bereich des Güterverkehrs haben die Gewerkschaft vida und die ÖBB ein gemeinsames Positionspapier entwickelt, das in Teilen derartige Punkte aufgreift. Dieses Papier fordert unter anderem eine Modernisierung der europäischen Schienenflotte, da im Jahr 2019 mehr als 50 Prozent des europäischen Güterwagenbestands bereits ein Alter von über 30 Jahren erreicht hätten. Außerdem wird eine stärkere Förderung des Ausbaus privater Anschlussbahnen gefordert. Hierbei handelt es sich um Gleisanlagen „auf der letzten Meile“, um Güter auf der Schiene in Logistikzentren und Produktionsstätten transportieren zu können. Eine deutliche Absage gibt es für das Vorhaben, sogenannte „Gigaliner“ auf der Straße zuzulassen. Würden sich diese extrem schweren Lkws mit über 25 Meter Länge durchsetzen, würde dies eine „massive Rückverlagerung von der Schiene auf die Straße“ bedeuten, heißt es in dem Papier.

Auch Olivia Janisch moniert, dass sich die Straße nicht an den Kosten für Lärm oder Umweltverschmutzung beteilige, während Unternehmer:innen, die Güter auf die Schiene bringen wollen, die Kos-

ten für die Verladung selbst tragen müssen. „Wir brauchen eine Verladeförderung. In manchen Bundesländern gibt es bereits Förderungen. Aber es braucht auch politischen Willen bei den Finanz- und Verkehrsministerien.“ Ein Beispiel für eine derartige Förderung ist das Land Salzburg. Hier wird jede Transportfahrt durch das Bundesland mit 240 Euro pro Waggon gefördert. Das Modell scheint erfolgreich zu sein. Laut Angaben des Landes Salzburg ist die Zahl der geförderten Einzelwagen im Jahr 2023 um 25 Prozent gestiegen.

Das kostet alles so viel?

„Immer, wenn wir sagen, dass es mehr Förderungen braucht – oder eine aktive Industriepolitik oder mehr Personal –, dann hören wir, dass das alles so viel kostet“, zieht Luise Wimmler ein Fazit. „Aber die Alternativen, also wenn wir all dies nicht machen, kosten doch viel mehr. Wenn es Unfälle aufgrund des Personalmangels gibt, dann zahlt das die Allgemeinheit. Und wenn wir der Klimakrise nicht begegnen, dann verlieren wir unsere Lebensgrundlage.“

Die Bahnen sind unverzichtbarer Teil der Lösung, wenn es um die Bewältigung der Klimakrise geht – so viel scheint klar. Gleichzeitig ist die Bahn aber auch von ihr betroffen, wie Olivia Janisch berichtet.



Ob mehr Förderungen oder mehr Personal: Sinnvolle Maßnahmen werden immer als zu teuer abgeschmettert, kritisiert Luise Wimmler von der vida. Nicht zu handeln kostete aber viel mehr.

„Die zunehmenden Extremwetterereignisse betreffen die Bahnen. Klimakrise bedeutet in diesem Fall konkret, dass ich mehr Menschen brauche, um Strecken zu reparieren, auf Gleise gefallene Bäume zu beseitigen oder Murenabgängen zu begegnen. Auch Züge und Waggons müssen repariert werden. Hierfür fehlen allein in den Werkstätten 800 Personen.“

Auch gebe es inzwischen zunehmend gefährliche Personalengpässe, etwa bei den Zugbegleiter:innen. „Wir fordern zwei Zugbegleiter:innen in jedem Zug, egal ob Regional- oder Fernverkehr“, sagt Janisch. „Sie haben sicherheitsrelevante Aufgaben, zum Beispiel bei Evakuierungen. Und wenn gleichzeitig hinten im Zug ein Kind kotzt, vorne ein Fahrgast randaliert und in der Mitte ein WC nicht funktioniert, dann muss sich um all das der:die Zugbegleiter:in kümmern. Hier fehlen sehr viele.“

Das sieht auch Oberndorfer so. Im vergangenen Jahr hatten die ÖBB zwar ein Plus beim Personalbestand um 1,5 Prozent. „Gleichzeitig aber ist für das Jahr 2024 eine Fahrplanausdehnung um sechs Prozent angekündigt worden. Hier besteht eine ziemliche Kluft zwischen der Ausweitung der Kapazitäten und der Ausweitung der Beschäftigung.“ Sollte das hierfür nötige Geld aber in die Hand genommen werden, dann klappt es vielleicht wirklich mit einer Bahn für alle. ▀

Standortfaktor Sozialstaat

Vor der Entscheidung über den EU-Beitritt Österreichs 1994 kamen Gewerkschafter:innen zusammen, um wirtschafts- und sozialpolitische Leitlinien unter den neuen Voraussetzungen zu erarbeiten. Die Schlussfolgerung: Der Sozialstaat bleibt ein Plus für den Wirtschaftsstandort.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Frühjahr 1994: Europa erlebte den größten Umbruch seit der Niederlage des Nazi-Reichs 1945. Die „Nachkriegsordnung“ mit der Teilung des Kontinents in „Ost“ und „West“ war nach dem Ende der Sowjetunion und der „Transformation“ der ehemals unter ihrem Einfluss stehenden Staaten Geschichte. Im auseinanderbrechenden Jugoslawien tobten blutige Kriege zwischen den Nationalitäten. Ende 1993 wurde aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union, der sich immer mehr Staaten anschließen wollten – nicht zuletzt, weil sie angesichts der unsicheren Zeiten als Friedensprojekt mehr Stabilität versprach.

Die Beitrittsverhandlungen Österreichs gingen im Februar 1994 in die Zielgerade. In dieser Situation entschloss sich der ÖGB, seine Positionen und Forderungen zur Rolle des Wirtschaftsstandorts Österreich klarzustellen und einzubringen. Denn der „Sozialstaat“, das Erfolgsmodell der europäischen Demokratien, wurde seit den 1980er-Jahren zunehmend als überholt infrage gestellt. „Absolute Marktfreiheit“ lautete die Parole der neoliberalen Wende, und sie prägte auch den Zusammenschluss in der Europäischen Union deutlicher, als es ursprünglich vorgesehen war. Die Interessen der Arbeitnehmer:innen, vor allem die Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, drohten immer mehr ins Hintertreffen zu geraten. Es sei dringend geboten, so ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch bei der Pressekonferenz nach der Tagung „Standort Österreich“, „Konturen der Zukunft zu erkennen“. Noch wichtiger sei es, „daraus Grundsätze abzuleiten, [...]

mit denen die Gewerkschaftsbewegung offensiv in die Zukunft gehen kann“.

Vier Arbeitsgruppen unter dem Vorsitz der Vizepräsident:innen des Gewerkschaftsbunds befassten sich mit den Themen „Einkommen“, „Beschäftigung“, „Arbeitszeit“ und „Bildung“ auf der Grundlage von Studien und Informationen durch Expert:innen. Auch Vertreter der Wirtschaftskammer waren eingeladen, um Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten auszuloten. Eine Forderung der Wirtschaftskammer, die auch 2024 wieder einmal erhoben wird: Man solle

Das ÖGB-Präsidium bei der Eröffnung der Tagung „Standort Österreich“ im Frühjahr 1994 – v. l.: Fritz Neugebauer, Lore Hostasch, Rudolf Nürnberg, Günter Weninger (*), Fritz Verzetnitsch.





Diskussion der ÖGB-Positionen mit Bundeskanzler Franz Vranitzky, Fritz Verzetnitsch und Vizekanzler Alois Mock. Am Rednerpult: Harald Ettl, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder und des ÖGB-Integrationsausschusses, ab 1996 EU-Abgeordneter.

doch endlich davon abgehen, die Löhne an der Produktivitätssteigerung zu orientieren, und sie stattdessen an der Ertragsentwicklung ausrichten. Hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung zeigte sich die Wirtschaftskammer 1994 noch gesprächsbereiter als 30 Jahre später – sie war immerhin bereit, für die Branchen- und Betriebsebene mit sich reden zu lassen. Übereinstimmung bestand darin, dass Qualifizierungsanstrengungen notwendig seien, wobei die Arbeitgeber:innenseite allerdings ausschließlich praxisorientierte Bildung forcieren wollte.

Leitlinien zukünftiger Gewerkschaftspolitik

Als Leitlinien der zukünftigen Gewerkschaftspolitik wurden unter anderem festgemacht: Basis aller Kollektivvertragsverhandlungen bleibt die produktivitätsorientierte Lohnpolitik, denn „nach Auffassung des ÖGB muss die Realeinkommensentwicklung dem Leistungszuwachs der Volkswirtschaft entsprechen“. Ebenso gab es ein klares Bekenntnis zur solidarischen Lohnpolitik: „Der ÖGB und seine Gewerkschaften werden ihre Anstrengungen gerade für Arbeitnehmer mit geringem Einkommen und für Lehrlinge unbeirrt fortführen.“

Die Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ erteilte Lohndumping als Mittel zur Standortsicherung eine klare Absage: „Defensivprojekte wie Lohnkostensenkung, um mit Billiglohnländern zu konkurrieren“, seien im Gegenteil dazu geeignet, „sich selber vom Markt zu verabschieden“. Das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung wurde „angesichts ständig steigender Produktivität“ als „weiterhin unverzichtbares Mittel zur Sicherung der Beschäftigung“ bekräftigt. Das Statement der Arbeitsgruppe „Arbeitszeit“ verwies darüber hinaus darauf, dass eine Arbeitszeitverkürzung „auch gesundheitspolitische, familienpolitische und gesellschaftspolitische Zielsetzungen erfüllt“ und unter anderem auch die Chance für Weiterbildung erhöhe. Aber, so das Statement der Arbeitsgruppe „Bildung“: Bildung sei „nicht ausschließlich als Voraussetzung wirtschaftlicher Verwertbarkeit“ anzusehen, sondern müsse als „wesentlicher demokratiepolitischer Beitrag“ verstanden werden.

Das Schlusswort des ÖGB-Präsidenten ist unverändert aktuell. Darin hieß es, dass die Probleme für Österreich, für Europa und international in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen seien und gelöst werden müssten: „So wie die Luftverschmutzung nicht an einem Grenzbalken haltmacht, ist auch die Neuordnung Europas nur durch Zusammenarbeit zu lösen.“ ▸

Kopf hoch und Lösungen finden!



CHRISTA SCHLAGER
LEITERIN DER ABTEILUNG
WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER AK WIEN

Österreich hat es geschafft, ein wohlhabendes Land zu sein. Das kleine Land behauptet sich in der EU und in der Welt überdurchschnittlich gut. Die jährliche Wirtschaftsleistung pro Kopf ist in Österreich um fast 40 Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Es lebt sich auch gut in Österreich, das zeigen zahlreiche Erhebungen zur Lebensqualität. Österreich hat sich also eine Position erarbeitet, die sich sehen lassen kann.

Wichtig für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft ist die Innovationskraft einer Volkswirtschaft. Die entsteht durch das bestehende Wissen und ein gutes Umfeld für neue Ideen. Dies ist für Österreich belegt. Wir haben eine hohe Forschungsquote und einen guten Platz im Innovationsranking der EU. Gleichzeitig nimmt aber das Vertrauen in eine positive Zukunft ab. Warum?

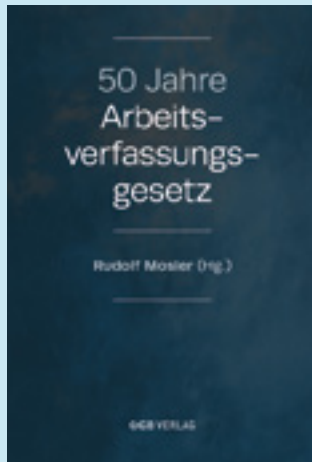
Es ist das Ergebnis vieler verschiedener Faktoren. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwierig. Der Ukraine-Krieg hat den Energiepreisen enormen Auftrieb verpasst und damit das allgemeine Preisniveau deutlich erhöht, und die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft stellt eine große Herausforderung dar. Begleitet wird dies von regelmäßig auftretenden Lieferkettenproblemen und schwelenden Handelskriegen zwischen China, den USA und der Europäischen Union.

Kopf in den Sand? Nein, es gibt kaum einen Grund anzunehmen, dass sich Österreich nicht auch in Zukunft gut behaupten wird können, wenn die großen Herausforderungen ernsthaft angegangen werden. Die Grundlagen dafür sind vorhanden: ein stabiler Sozialstaat, eine gut entwickelte Infrastruktur und kluge Köpfe. Was fehlt, ist eine gute Strategie! Wir müssen dringende Aufgaben wie Inflationsbekämpfung, Energie- und Mobilitätswende, Bildungsreform und den Ausbau der Pflege konsequent in Angriff nehmen.

Wir müssen Allianzen bilden und stärken, die wichtige Reformen in Gang bringen und Modelle der Transformation gesellschaftlich erproben.

All das kann nur gelingen, wenn der Versuch unternommen wird, Stärken zu stärken, Ideen zu fördern sowie Sicherheit im Wandel zu geben – und wenn Verstand und Verständnis handlungsleitend sind. ▀

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag

**Buch**

50 Jahre Arbeitsverfassungsgesetz

Rudolf Mosler (Hg.)Varia | 2024 | 604 Seiten | EUR 79,00
ISBN 978-3-99046-700-8

Das Arbeitsverfassungsgesetz ist am 1. Juli 1974 in Kraft getreten. In seiner Grundstruktur hat es sich 50 Jahre lang als bemerkenswert stabil erwiesen, wenn auch die Zahl der Paragraphen von 171 auf 272 angestiegen ist. In diesem Buch sollen einerseits die Realität der Arbeitsbeziehungen und andererseits der Inhalt des Gesetzes unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung und Literatur abgebildet werden. Die Entwicklungen im Bereich der Kollektivverträge und der Kollektivvertragsverhandlungen werden ebenso diskutiert wie Aspekte der Betriebsratsarbeit. Bei den juristischen Beiträgen geht es nicht nur um die Behandlung einzelner Rechtsprobleme, sondern vor allem auch um eine Beurteilung, ob sich die Regelungen bewährt haben oder ob etwa Änderungen in der Arbeitswelt (zB Digitalisierung) zu Anpassungen führen sollten. Über 30 renommierte Autorinnen und Autoren haben zur Feier des Jubiläums einen Beitrag zu dieser Festschrift geleistet.

**Buch | e-book**

Arbeitszeitrecht in Frage und Antwort

Martin Gruber-Risak, Sascha ObrechtRatgeber | 2024 | 192 Seiten | EUR 36,00
ISBN 978-3-99046-663-6

Die Arbeitszeit in Fragen und Antworten. Detaillierte Regelungen, komplexes System. Arbeitszeitrechtliche Fragen werden wenig überraschend von Praktiker:innen oft als große Herausforderung gesehen. Dieses Handbuch schafft hier Abhilfe in einem leicht zugänglichen Frage-und-Antwort-Format, womit in praxisnaher Weise niederschwellig die wesentlichen Informationen geboten werden, um die Arbeitszeitfragen des betrieblichen Alltags zu beantworten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die betriebliche Mitbestimmung gerichtet, es stellt somit gerade für Betriebsräte ein unverzichtbares Nachschlagewerk dar. Durch zahlreiche Verweise, ein Glossar und ein umfangreiches Stichwortverzeichnis bietet es auch für Nicht-Jurist:innen einen guten ersten Zugang zum Arbeitszeitrecht.

Das Plakat deiner Wahl!

Du möchtest mehr Abwechslung auf deinem schwarzen Brett?

Viele Sujets zur Auswahl, extra für dich als Arbeitnehmervertreter:in.



Fotos auf den Plakaten © Monkey Business/R. Kneschke/MarcoMonticone/Abbr - stock.adobe.com



Hier geht's zum ÖGB-Plakatservice:
oegb.at/plakatservice

ÖGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW